



Zeitschrift für
Religions- und
Weltanschauungsfragen

76. Jahrgang

7/13

**Klein, zerstritten, einflussreich
Humanistische und atheistische
Organisationen**

**Christliche Säkularität
Was glauben die Hamburger?**

**Kirchentag
Bericht aus dem Zentrum Weltanschauungen**

Wie viel Religion verträgt der Staat?

Stichwort: Islamkritik und Islamfeindlichkeit

Evangelische Zentralstelle
für Weltanschauungsfragen

IM BLICKPUNKT

Andreas Fincke

Klein, zerstritten, einflussreich

Humanistische und atheistische Organisationen

243

BERICHTE

Edgar S. Hasse

Christliche Säkularität

Was glauben die Hamburger?

250

Jörg Pegelow

Kirchentag 2013

Ein Bericht aus dem Zentrum Weltanschauungen

255

DOKUMENTATION

Hans Michael Heinig

Wie viel Religion verträgt der Staat?

261

INFORMATIONEN

Religiöse Landschaft

„Bist du heute bereit für die Ewigkeit?“

Religiöse und andere Gruppen werben im Umfeld des Kirchentags

265

Sekten

Neuer französischer Senatsbericht warnt vor der Versektung von Gesundheitsangeboten

267

Jehovas Zeugen

Jehovas Zeugen in Europa – eine Verfolgungsgeschichte?

269

Neuapostolische Kirche

Stammapostel Leber entschuldigt sich zum Abschied

270

Christengemeinschaft
Christengemeinschaft diskutiert über Kultusänderung 271

Yoga
Mit Yoga Milliarden einsparen? 273

STICHWORT

Islamkritik und Islamfeindlichkeit 275

IM BLICKPUNKT

Zeitgleich zum Deutschen Evangelischen Kirchentag fand in Hamburg vom 30. April bis zum 4. Mai 2013 der „Deutsche Humanistentag 2013“ unter dem Motto „Gut ohne Gott“ statt. Veranstalter war die Hamburger Stiftung „Geistesfreiheit“ in Kooperation mit den Hamburger Regionalgruppen der „Giordano Bruno Stiftung“, der „Jugendweihe Deutschland“ und dem Hamburger Regionalverband des „Humanistischen Verbands Deutschland“. Der frühere EZW-Referent Andreas Fincke hat einige Veranstaltungen besucht und berichtet über den Humanistentag, aber auch über die Hintergründe der beteiligten Organisationen.

Andreas Fincke, Oberkrämer

Klein, zerstritten, einflussreich

Humanistische und atheistische Organisationen

Die „Szene“ der humanistischen, freidenkerischen und kirchenkritischen Organisationen in Deutschland ist verwirrend und selbst für Insider nur schwer überschaubar.¹ Es gibt eine Fülle regionaler Initiativen und kleiner Zirkel, aber auch vergleichsweise einflussreiche Organisationen wie den Humanistischen Verband Deutschlands (HVD) und die Giordano Bruno Stiftung (gbs). Über die Organisationsgrenzen hinweg findet man freundschaftliche Beziehungen und Doppelmitgliedschaften, aber auch Animositäten und deutliche strategische Differenzen.

Daher kann man es aus Sicht der Veranstalter bereits als Erfolg werten, dass überhaupt ein bundesweiter Humanistentag zustande gekommen ist. Ob es jedoch angemessen war, diesen Tag als „Gegenveranstaltung“ zum Kirchentag zu platzieren, möchte ich bezweifeln. Da weite Bereiche des öffentlichen Lebens in Hamburg vom Kirchentag geprägt waren, wirkte das Atheistentreffen marginalisiert. Große Posaunenchoräle vereinten schnell mehr Mitstreiter, als im Festzelt des Humanistentags versammelt waren – zumindest bei den von mir besuchten Veranstaltungen. Auch das seltsame Phänomen, dass Moderatoren, Referenten und

Diskutanten sich meist per Du anredeten, verstärkte den Eindruck, dass die Öffentlichkeit nicht erreicht wurde.

Dennoch gibt es Anlass, diesen äußeren Anschein zu hinterfragen. Denn auch die bunten Kirchentage können nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Kirchen in Bedrängnis geraten sind. Nach wie vor sind die Austrittszahlen hoch und nimmt die Bindung vieler Menschen an Kirche und Religion ab.² So gibt es z. B. in Brandenburg Kirchenkreise, die allein in den letzten acht Jahren mehr als 25 Prozent ihrer Mitglieder verloren haben. Diese Entwicklung vollzieht sich leise, weitgehend unbemerkt von kirchenleitenden Kreisen und demoralisiert die verbleibenden kirchlichen Mitarbeiter und engagierten Laien, weil sie sich verantwortlich fühlen – aber mit ihrer Ratlosigkeit allein bleiben.

Die massiven Säkularisierungs- und Entkirchlichungsprozesse beflügeln die Szene der humanistischen und atheistischen Organisationen. Interessiert nimmt man hier zur Kenntnis, dass die Gruppe der Konfessionslosen die am schnellsten wachsende weltanschauliche Orientierung in Deutschland darstellt. Da schließlich Missbrauchsvorwürfe, Diskussionen um das kirchliche

Arbeitsrecht und andere Themen das Ansehen der Kirchen weiter beschädigen, könnte man erwarten, dass die freidenkerischen und säkularen Organisationen nennenswerten Zulauf verzeichnen. Aber dem ist nicht so. In den letzten zehn Jahren haben alle Organisationen zusammen die Zahl ihrer Mitglieder nur unwesentlich steigern können. Sie liegt nach wie vor bundesweit bei etwa 15 000 bis höchstens 20 000. Damit scheint der Verbandsatheismus auch weiterhin eine zu vernachlässigende Größe zu sein. Aber trotz der bescheidenen Mitgliederzahl gelingt es den verschiedenen atheistischen, freidenkerischen und humanistischen Organisationen, ihre Anliegen geschickt in die Gesellschaft zu tragen. Sie sind klein und zerstritten – aber auch ein Indikator für Veränderungsprozesse.

Humanistische Lebenskunde

Das kann man z. B. am Berliner Religionsunterricht zeigen. In der Bundeshauptstadt ist der Religionsunterricht kein ordentliches Lehrfach, sondern nur ein freiwilliges Angebot der Kirchen und Religionsgemeinschaften. Mehr noch: In Berlin gibt es ein Konkurrenzfach zum Religionsunterricht. Aus den Wurzeln der Freidenkerbewegung ist der Weltanschauungsunterricht des Humanistischen Verbands Deutschlands (HVD), die „Humanistische Lebenskunde“, hervorgegangen. Man könnte, auch wenn das seltsam klingt, das Fach als „freidenkerischen Religionsunterricht“ apostrophieren. Dieses Unterrichtsfach hat in Berlin eine längere Tradition. Es wurde 1918 als Alternative zum Religionsunterricht erstmals eingeführt. Nach einer wechselvollen Geschichte mit zeitweiligen Verboten konnten die Freidenker Mitte der 1980er Jahre im damaligen Westteil der Stadt das Fach neu etablieren. Bis 1989 führte die Humanistische Lebenskunde jedoch ein „Schattendasein“ mit allenfalls 1000 Teilnehmern pro

Schuljahr. Erst mit der Wiedervereinigung gewann das Unterrichtsfach an Bedeutung. Da in Berlin die Teilnahme am Religions- und Lebenskundeunterricht freiwillig ist, nimmt nur jeder zweite Schüler eines dieser Angebote wahr. Von den Teilnehmenden besuchen etwas mehr als 50 000 Schüler (etwa 16 Prozent) den Humanistischen Lebenskundeunterricht. Es lohnt ein Vergleich: Knapp 80 000 (etwa 25 Prozent) besuchen in Berlin den evangelischen Religionsunterricht und knapp 25 000 (knapp 8 Prozent) finden wir im katholischen Religionsunterricht. Ferner gibt es noch Schüler, die den Religionsunterricht der islamischen Föderation besuchen (knapp 5000) sowie Teilnehmer am jüdischen Religionsunterricht (knapp 1000).³

Während die beiden großen Kirchen in den letzten Jahren eine zwar geringe, aber stetige Abnahme ihrer Teilnehmerzahlen konstatieren, kann der HVD eine kontinuierliche Zunahme vermerken. Diese Steigerung ist umso beachtlicher, da die absoluten Schülerzahlen aufgrund der demografischen Entwicklung rückläufig sind. Nach wie vor wird der Lebenskundeunterricht in den östlichen Stadtteilen stärker nachgefragt als im ehemaligen Westen. Mitunter lassen sich erstaunliche Beobachtungen machen. So verzeichnet der Stadtbezirk Pankow eine Teilnahmequote an der Lebenskunde von etwas über 30 Prozent. Der katholische Religionsunterricht wird in diesem vergleichsweise bürgerlichen Bezirk von weniger als 5 Prozent der Schüler besucht. Die Zahlen sind erstaunlich – auch, weil der HVD in Berlin keine 5000 Mitglieder hat. Er erreicht also mit seinem Weltanschauungsunterricht ein Vielfaches seiner Mitgliederbasis.

Es liegt auf der Hand, dass man sich auf diesem Erfolg nicht ausruht. Daher bemüht sich der HVD seit einigen Jahren, sein Unterrichtsfach auch in anderen Bundesländern zu etablieren. Erfolgreich war

eine Klage in dieser Sache bereits 2005 vor dem Brandenburger Verfassungsgericht. Seit dem Schuljahr 2007/08 führt der HVD das Fach in diesem Bundesland schrittweise ein. Derzeit sind die Teilnehmerzahlen zwar noch bescheiden, aber wachsend. In Hamburg, Nordrhein-Westfalen, Bayern und Niedersachsen bereitet man die Einführung des Unterrichtsfachs ebenfalls vor. So ist es nur eine Frage der Zeit, bis der kirchliche Religionsunterricht bundesweit neue Konkurrenz bekommt.

Politischer Realismus

Der HVD wurde Anfang 1993 als Dachverband säkularer Organisationen gegründet. Er ist zwar damals aus verschiedenen freigeistigen Verbänden (z. B. aus den Westberliner Freidenkern) hervorgegangen, doch hat er sich in zentralen Fragen weit von traditionellen Freidenkerpositionen entfernt. Denn traditionell fordern Freidenker eine entschiedene Trennung von Kirche und Staat, die Abschaffung des Religionsunterrichts und des Einzugs der Kirchensteuer durch die Finanzämter, die Auflösung der theologischen Fakultäten, ein Ende der kirchlichen Seelsorge bei der Bundeswehr usw. Der HVD hingegen benennt zwar einige dieser laizistischen Forderungen auch, schreibt ihnen jedoch eine nachrangige politische Priorität zu. Diese Einstellung ist beim HVD politischem Realismus geschuldet: Da die Privilegien teilweise Verfassungsrang haben, bedarf ihre Korrektur einer Verfassungsänderung, d. h. einer Zweidrittelmehrheit im Deutschen Bundestag. Diese dürfte in absehbarer Zeit kaum erreicht werden. Daher reklamiert der HVD „vorerst“ alle diese Privilegien auch für sich. Das entscheidende Argument lautet: Gleichbehandlung von Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften gemäß Artikel 4 Abs. 1 Grundgesetz und besonders Art. 140 GG i.V. mit Art. 137 Abs. 7 Wei-

marer Reichsverfassung. Diese strategische Neuausrichtung erweist sich bisher als ein überaus kluger Schritt. Der HVD ist damit keine atheistisch-freidenkerische Organisation mehr, die sich über ein „Dagegensein“ positioniert, sondern der Verband versteht sich selbst als „Weltanschauungsgemeinschaft für Konfessionsfreie“. Was das genau bedeutet, ist verbandsintern umstritten oder, schärfer formuliert, wird mal so und mal so verstanden. Seit einigen Jahren diskutiert man ohne überzeugendes Ergebnis über eine Neufassung des „humanistischen Selbstverständnisses“.⁴ Immerhin hat sich der bayerische Regionalverband des HVD im Oktober vergangenen Jahres auf „humanistische Grundsätze“ verständigen können. Diese sind übrigens erstaunlich allgemein gehalten. Viele Positionen sind weit über den HVD hinaus zustimmungsfähig und lassen ein klares Profil vermissen. Ein solches wäre jedoch notwendig, um neue Mitglieder zu binden. Andere Positionen werfen neue Fragen auf. So heißt es: „Humanisten sind bereit, die Welt des Gegebenen gedanklich zu überschreiten und dabei Hoffnung, innere Ruhe und Trost zu finden. Die Vorstellung eines vorbestimmten Schicksals oder eines göttlichen Heilsplans lehnen sie ab. Humanisten glauben nicht an ein Paradies oder an die Verheißung eines goldenen Zeitalters. Sie wissen, dass Glück und Gerechtigkeit weder von alleine noch von einem Gott kommen und es daher an ihnen selbst ist, sich aus dem Elend zu erlösen.“ Aber was heißt das? Beginnt der weltanschauliche Diskurs nicht mit solchen Fragen? Ist das „Überschreiten der Welt des Gegebenen“ nicht im Grunde eine religiöse Haltung? Was bedeuten in diesem Zusammenhang Hoffnung, Trost und innere Ruhe? Was ist, wenn die zuletzt angedeutete Selbsterlösung aus dem Elend scheitert?

Trotz solcher offenen Baustellen hat der HVD in den ersten 20 Jahren seines Beste-

hens erstaunlich viel erreicht. So unterhält er in Berlin zahlreiche Gesundheits- und Sozialprojekte wie Einrichtungen für betreutes Wohnen, mehrere Hospize, Einrichtungen zur Schwangerschaftskonfliktberatung usw. und ist Träger von 24 Kitas und zwei Familienzentren.

Im Frühjahr 2013 gehören dem HVD-Bundesverband elf Landesverbände sowie eine Landesgemeinschaft und mehrere assoziierte Verbände an. Vergleichsweise dynamisch entwickelt sich derzeit auch der HVD-Landesverband Bayern. In Bayern betreibt der HVD zwölf humanistische Kitas und in Fürth sogar die bundesweit erste humanistische Grundschule. In den nächsten Monaten wird man in Nürnberg und Fürth voraussichtlich fünf weitere Kitas eröffnen können.

Weil der HVD eine „Weltanschauungsgemeinschaft für Konfessionsfreie“ sein möchte und sich nicht als „Verein zur Beförderung des Kirchaustritts“ versteht, bemüht er sich in einem umfassenden Sinne um Sozialarbeit und Lebenshilfe. So hat er eine eigene Patientenverfügung erarbeitet, in der Wünsche und Behandlungsziele für kritische bzw. todesnahe Situationen dokumentiert werden. Der Verband unterstützt beim Ausfüllen und bei der Hinterlegung dieser Willenserklärung. Die Arbeit firmiert unter dem attraktiven Namen „Bundeszentralstelle Patientenverfügung“. Auch hat man sich die lukrative Homepage „www.patientenverfuegung.de“ sichern können. Eine gewisse Tradition haben im HVD auch die Jugendweihen, die hier Jugendfeiern heißen. Mit jährlich etwa 10 000 Jugendfeiern⁵ überwiegen in Berlin, Brandenburg, Sachsen und Sachsen-Anhalt ist der HVD zwar nicht der größte Anbieter, aber einer der weltanschaulich ambitioniertesten. Inzwischen gibt es auch in den alten Bundesländern (z. B. in Dortmund, Wuppertal, Nürnberg, Hannover) eine, wenn auch bescheidene, Jugendfeier-Tradition.

Auf dem Hintergrund dieser Erfolgsgeschichte erstaunt, dass der HVD sich beim Hamburger Humanistentag doch wieder zu den atheistischen Hardlinern gesellt. Man kann vermuten, dass die Teilnahme intern umstritten war. So hielt der Präsident des HVD, Frieder Otto Wolf, als Selbstdarstellung einen philosophischen Vortrag über Humanismus in der Gegenwart, ohne seinen Verband als die Lösung aller Fragen anzubieten. Er forderte vielmehr, dass der HVD einen Raum schaffe, „in dem öffentlich ... positive Überzeugungen erarbeitet werden können, die sowohl immer noch religiös engagierten Menschen eine Alternative bieten und dabei auch unter den Konfessionsfreien humanistische Haltungen und Positionen weiter ausbreiten“.⁶ Seine Überlegungen gipfelten in der Hoffnung, dass ein späterer Humanistentag jenes Diskussionsniveau erreichen wird, das den Deutschen Evangelischen Kirchentag auszeichnet.

Versöhnte Verschiedenheit

Erstaunlich selbstkritisch präsentierte sich in Hamburg auch der Vorsitzende des „Koordinierungsrats säkularer Organisationen“ (KORSO), Helmut Fink. Schonungslos legte er dar, warum der vor vier Jahren als Dachverband gegründete KORSO bis heute die Arbeit nicht richtig aufnehmen konnte und worin die strategischen Differenzen innerhalb der KORSO-Mitgliedsverbände bestehen. So seien sich z. B. die Mitgliedsverbände zwar in der Forderung einig, historisch überholte Privilegien der Kirchen abzuschaffen, die Tücke liege jedoch im Detail. Verfolgt man, wenn man Gleichbehandlung einfordert, nun eine Abbaustrategie oder eine Aufbaustrategie? Heißt Gleichbehandlung, dass „alle“ ihren jeweiligen Weltanschauungsunterricht in den Schulen durchsetzen, oder fordert man die Verbannung jeglicher Religion und

Weltanschauung aus den Schulen? Unter Anspielung auf die christliche Ökumene mahnte er, zwischen den humanistischen und atheistischen Verbänden „versöhnte Verschiedenheit“ zu suchen.

Wie bunt die Szene der in Hamburg beteiligten Organisationen war, konnte man auch bemerken, als mit Konny G. Neumann der neu gewählte Präsident der „Jugendweihe Deutschland“ (JWD) sprach. Er vertritt den Dachverband von Jugendweiheverbänden in sieben (vorwiegend östlichen) Bundesländern. Die JWD konnte endlich große Zahlen präsentieren: Seit 1990 haben 1,4 Millionen Jugendliche an den Jugendweihefeiern teilgenommen, und etwa 3,5 Millionen Jugendliche konnten Angebote der freien Jugendarbeit wahrnehmen. Dabei handelt es sich in erster Linie um die Vorbereitungsstunden auf die Jugendweihe, die sehr breit gefächert sind. Das Spektrum reicht von Besuchen in Gedenkstätten bis zu „Knigge-Kursen“ und „Anti-Mobbing-Training“.

Als Außenstehender wundert man sich immer wieder, wie fraglos sich die JWD in den Kontext der atheistischen/humanistischen Organisationen einfügt. Wenn man in der ostdeutschen Provinz feststellt, dass die Jugendweihe ein atheistisches Profil habe, dann erntet man fast immer kritische Reaktionen mit dem Hinweis, die heutige Jugendweihe sei nicht mehr die DDR-Jugendweihe. Letzteres ist unstrittig. Nur stellt sich die JWD als Mitveranstalter des Humanistentags selbst in den Kontext der atheistischen Organisationen. Mehr noch: Die in Hamburg verteilten Informationsmaterialien der JWD zeigen, wie stark sie hier verwurzelt ist.⁷

Die Giordano Bruno Stiftung

Einer der wichtigsten Anbieter beim Humanistentag war schließlich die 2004 gegründete „Giordano Bruno Stiftung“ (gbs).

Innerhalb kurzer Zeit hat sich die „Denkfabrik für Humanismus und Aufklärung“ (Selbstdarstellung) geschickt positioniert und erheblich an medialem Einfluss gewinnen können. Sie vertritt eindeutig laizistische Positionen und polemisiert gern gegen Kirche und Religion. Zahlreiche religionskritische Aktionen mit zum Teil derber Polemik wurden hier erdacht wie „Glaubst du noch oder denkst du schon?“ oder die bizarre Idee zur „Umwidmung“ des Feiertags „Christi Himmelfahrt“ in einen „Evolutionstag“. Auch die „kritische Islamkonferenz“ (zuletzt 11./12. Mai 2013 in Berlin) wird von der Giordano Bruno Stiftung unterstützt.

Auffällig ist eine gewisse Doppelstrategie der Stiftung. So wirkt man in die breite Öffentlichkeit mit polemischem Atheismus und effektheischenden Albernheiten, im akademischen Kontext schmückt man sich mit seriösen Namen. Schon länger gehören dem Beirat der Stiftung einige bedeutende Persönlichkeiten wie Hans Albert, Ulrich Kutschera und Wolf Singer an. Seit einiger Zeit spielt auch Ingrid Matthäus-Maier, viele Jahre stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion, eine größere Rolle in der gbs. So hielt sie beim Humanistentag einen der Eröffnungsvorträge.

Aus dem Beirat der gbs hingegen ausgetreten ist Ende 2011 Norbert Hoerster, einer der wichtigsten Rechts- und Sozialphilosophen unserer Zeit. In einem Beitrag für die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ (FAZ) begründete Hoerster damals seinen Schritt mit inhaltlichen Differenzen. So kritisierte er den Sprecher der Stiftung, Michael Schmidt-Salomon, wegen dessen polemischer Kritik am Papst. So hatte Schmidt-Salomon Benedikt XVI. wegen des Kondomverbots kritisiert und unterstellt, damit würde der Papst Millionen von Menschen zu ungeschütztem Geschlechtsverkehr mit Todesfolge anhalten. Hoerster bezeichnete diesen Vorwurf als „geradezu abwegig“,

zumal der Katechismus der katholischen Kirche Geschlechtsverkehr ausschließlich in der Ehe erlaube – „und dieser führt üblicherweise nicht zu Abermillionen Toten“. Auch der von der gbs unterstützte sogenannte „neue“ Atheismus des Biologen Richard Dawkins überzeugt Hoerster nicht: „Ich sehe nicht, wieso ausgerechnet die Evolutionstheorie den Gottesglauben widerlegen, ja ersetzen kann“, so Hoerster wörtlich. Es war befremdlich, wie schnell sich damals die gbs von einem Wissenschaftler abgewandt hat, der zuvor hofiert wurde.

In der Laizismus-Falle

Beim Humanistentag in Hamburg wurden die strategischen Differenzen zwischen den eher laizistischen Organisationen und den Verbänden, die sich einem praktischen Humanismus verschrieben haben, erneut deutlich. Während die Laizisten eine ersatzlose Ablösung aller Staatsleistungen an die Kirchen fordern, sieht das z. B. der HVD kritisch. Er plädiert zwar für eine Ablösung der Staatsleistungen, die auf der Basis des Reichsdeputationshauptschlusses von 1803 gezahlt werden, mahnt jedoch die Beibehaltung der Staatsleistungen an, die „die Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften als ausführende Organe gesellschaftlicher Wohlfahrtsaufgaben oder pädagogischer Maßnahmen erhalten“. Denn diese sind im Engagement der Organisationen begründet. „Hier Kürzungen oder gar Streichungen zu verlangen, ist falsch.“⁸ Beide Positionen haben eine gewisse innere Logik. Da Vertreter beider Positionen im „Koordinierungsrat säkularer Organisationen“ vertreten sind, werden diese Differenzen auch weiterhin für Konfliktpotenziale sorgen und den Dachverband schwächen. Denn hinter dieser theoretischen Frage stehen konkrete Alltagsfragen: Kann man sich darüber beklagen, dass die Freie Han-

sestadt Hamburg den Humanistentag nicht finanziell unterstützt, oder soll man sich darüber beschweren, dass Hamburg den Kirchentag subventioniert? Wird man für die Einführung der Humanistischen Lebenskunde in westlichen Bundesländern eintreten oder sich vielmehr gegen jeglichen Religions- und Weltanschauungsunterricht positionieren? Fordert man eine eigene, humanistische Feiertagskultur, oder argumentiert man gegen den Schutz christlicher Feiertage?

Verschärft wird die Diskussion durch das Erstarken laizistischer Arbeitskreise in den großen Parteien. Wenn diese ihren eigenen Ansatz ernst nehmen, werden sie z. B. Distanz zum HVD suchen. Das führt zu der paradoxen Situation, dass die Friedrich-Ebert-Stiftung auf Initiative engagierter SPD-Laizistinnen kaum noch Kooperationsveranstaltungen mit dem HVD durchführt. Damit schwächen die SPD-Laizisten jene Kräfte, die ihnen nahestehen.

Lebenshilfe oder Kirchenkritik?

Der aggressive Atheismus, wie er in der Giordano Bruno Stiftung und im „neuen“ Atheismus zu finden ist, hat in seiner polternden Art eine gewisse Medienattraktivität. Wir werden in den nächsten Jahren immer wieder Diskussionsrunden zu religiösen Themen erleben, in der selbsternannte Atheisten markige Sprüche wie „Heidenspaß statt Höllenqual“ vortragen. Das dürfte einen gewissen Unterhaltungswert haben und mitunter die Einschaltquoten stabilisieren. Nur: Der polemische Atheismus bietet keine Lebenshilfe. Er „wärmt“ die Menschen nicht, die Hoffnung, Trost und Hilfe suchen. Die großen ethischen Fragen, auch und gerade jene, die die moderne Medizin aufwirft, müssen aus einer Sinn-Perspektive beantwortet werden. Auf Dauer wird der Atheismus bzw. der (freidenkerisch inspirierte) Humanismus als Alternative zu den

Kirchen und Religionsgemeinschaften nur bestehen, wenn er bei der Gestaltung und Bewältigung des Lebens hilft – also Wendepunkte wie Geburt („Namensweihe“), Adoleszenz („Jugendweihe“), Eheschließungen, Beerdigungen, Trauerarbeit usw. gestalten hilft. Daher gibt es im Kontext dieser Bewegungen verstärkte Bemühungen, einen neuen Humanismus und eine säkulare Ethik zu begründen. Indem man neue Formen humanistischer Sozialarbeit entwickelt und diese professionell gestaltet, so die Erwartung, kann man vielen kirchenfernen Menschen eine Heimat geben und so zu einer ernsthaften Konkurrenz für die Kirchen werden.

Expeditionen in die Konfessionslosigkeit

Unbeschadet dieser Aufgaben bleibt für die säkularen Verbände das Problem der wenigen Mitglieder. Wenn mein Eindruck nicht täuscht, dann hat man sich damit arrangiert. In einer Zeit, in der Kirchen, Gewerkschaften und Parteien massiv Mitglieder verlieren, ist es schwer, neue Vereinsmitglieder zu binden. Auch deshalb organisiert sich die gbs als „Denkfabrik“, als relativ unverbindliches Forum.

Dennoch fällt auf, dass der Verbandsatheismus eher in jenen Regionen Deutschlands Mitglieder findet, wo die Kirchen vergleichsweise stark sind – und mitgliederschwach bleibt, wo auch die Kirchen schwach sind. So gibt es im Osten Deutschlands (mit Ausnahme Berlins) nur marginale Kräfte. Die bescheidenen Mitgliederzahlen säkularer Verbände in Deutschland sind zwar für diese ein Problem, sie verweisen jedoch auch erneut auf die Krise der Kirchen. Denn sie sind ein Spiegelbild wachsender Bedeutungslosigkeit von Kirche und Religion. Man „reißt“ sich immer weniger an Kirche und Religion und sieht kaum Anlass, sich engagiert damit auseinanderzusetzen bzw. dagegen zu positionieren.

Hier finden wir die eigentliche theologische Herausforderung der aktuellen Konfessionslosigkeit. Im Lebenshorizont vieler Menschen kommt Gott gar nicht mehr vor; alle Fragen des Lebens werden mit diesseitsorientiertem Pragmatismus abschließlich innerweltlich erörtert. So gesehen war das Motto des Humanistentags, „Gut ohne Gott“, klug gewählt. Viel zu selbstgefällig wird von den Kirchen und Religionen unterstellt, man könne nur mit Gott ein guter Mensch sein und ein ehrbares Leben führen. Dass diese Arroganz viele Menschen verletzt, die ohne Gott leben, kann lernen, wer eine Expedition in die Konfessionslosigkeit unternimmt. Der Weg ist übrigens kürzer, als viele denken.

Anmerkungen

- ¹ Vgl. Andreas Fincke, Freidenker – Freigeister – Freireligiöse, EZW-Texte 162, Berlin 2002, 53ff; Horst Groschopp, Säkulare und freigeistige Organisationen und Verbände in Deutschland 2009, [http://hpd.de/files/Säkulare Organisationen heute 2.pdf](http://hpd.de/files/Säkulare%20Organisationen%20heute%20.pdf) (die angegebenen Internetseiten wurden zuletzt abgerufen am 27.5.2013).
- ² Zuletzt: Bertelsmann-Stiftung (Hg.), Religionsmonitor. Verstehen was verbindet, www.religionsmonitor.de.
- ³ Vgl. Religions- und Weltanschauungsunterricht: Konstantes Wachstum beim Humanistischen Lebenskundeunterricht, HVD-Pressemeldung, 5.12.2012, www.hvd-bb.de/pressemitteilungen/religions-weltanschauungsunterricht-konstantes-wachstum-beim-humanistischen-leben.
- ⁴ Vgl. www.humanismus.de/neufassung-humanistisch-en-selbstverstaendnis.
- ⁵ Es ist nicht einfach, verlässliche Zahlen zu erhalten. Vgl. www.hvd-bb.de/sites/hvd-bb.de/files/pm_jugendfeier-auftakt_zahlen.pdf.
- ⁶ Zit. nach www.humanismus.de/aktuelles/schritt-die-se-richtung.
- ⁷ Für die Jugend. Mit der Jugend. 20 Jahre Jugendweihe Deutschland e.V., Sonderausgabe „Freier Blick“, Hamburg 2010. Hier ist über die Taufe zu lesen: „Wenn bei dieser ‚heiligen‘ Taufhandlung erklärt wird, das Kind habe von Gott die ‚Seele‘ erhalten, so steht diese Behauptung nach Freidenkermeinung mit den Forschungsergebnissen der modernen Psychologie (Seelenkunde) in Widerspruch. Dann wären ja alle ungetauften Menschen unbeseelt“ (160).
- ⁸ HVD-Pressemeldung, 15.11.2010, www.humanismus.de/aktuelles/korso-fordert-abloesung-staatsleistungen-kirchen.

Edgar S. Hasse, Hamburg

Christliche Säkularität

Was glauben die Hamburger?

„Jeder zweite Hamburger fühlt sich als Christ“, titelte am 30. April 2013 das „Hamburger Abendblatt“ auf Seite 1 und veröffentlichte zum Start des Deutschen Evangelischen Kirchentages in der Hansestadt eine repräsentative Umfrage über den Glauben und die Religion der Hamburger und Bundesbürger. Kurz vor dem Ende des Kirchentages, der mit rund 120 000 Dauerteilnehmern und dem Motto „So viel du brauchst“ die gesellschaftliche Diskussionslage mit bemerkenswerter Aktualität¹ traf, legte die große Regionalzeitung aus dem Axel Springer Verlag² nach und veröffentlichte diese Zahl: „Jeder zweite Hamburger Jugendliche zwischen 14 und 19 Jahren hält sich weder für religiös noch für gläubig.“³ Die Religionsumfrage wurde im Auftrag dieser Zeitung vom international tätigen Marktforschungsinstitut Harris Interactive AG in Kooperation mit der Hapag-Lloyd-Stiftung sowie der Drogeriekette Budnikowsky durchgeführt.⁴ Befragt wurden insgesamt 1541 Probanden.

Forschungsfrage und theoretische Basis der Hamburger Religionsumfrage

Ziel der komparativen Analyse war es, das „religiöse Feld“ (Pierre Bourdieu) in der 1,8 Millionen Einwohner zählenden Metropole Hamburg im Vorfeld des Kirchentages zu erkennen, mit dem arithmetischen Mittel ebenfalls erhobener bundesweiter Daten zu vergleichen und anhand des empirischen Befunds Handlungsimpulse für die kirch-

liche Arbeit zu vermitteln. Die Freie und Hansestadt Hamburg mit ihren 90 religiösen Gemeinschaften⁵ und den 130 000 Muslimen gilt als multikulturelle und von Modernisierungsschüben geprägte Großstadt, in der Phänomene und Formen gelebter Religion ebenfalls wahrzunehmen sind wie Signaturen der Säkularisierung. Laut EKD-Statistik vom 31.12.2011 gehören 28,7 Prozent der Bevölkerung der evangelischen und 10,2 Prozent der katholischen Kirche an.⁶ Die Forschungsfrage lautete daher: Wie stark sind Prozesse der Säkularisierung in Hamburg im Vergleich zum Bundesdurchschnitt ausgeprägt, und welche religiösen Phänomene und Vorstellungen außerhalb der institutionalisierten christlichen Religion sind mit welchem Verbreitungsgrad in der Bevölkerung evident? Theoretische Basis für die Studie bildeten die (kontrovers diskutierten) religionssoziologischen Säkularisierungs-, Individualisierungs- und Pluralisierungstheoreme, die nicht in normativ-alternativer Grundierung, sondern mit jeweils heuristischer Offenheit forschungsleitend waren. Ausgehend von der Annahme, dass es zwischen Modernisierungs- und Säkularisierungsprozessen einen Zusammenhang gibt⁷, bei dem Wohlstandsanhebung und kulturelle Pluralisierung die Abschwächung religiös-kirchlicher Bindungen zur Folge haben, wird Hamburg als moderne Metropole im Norden verstanden, die in dieser Hinsicht prototypischen Charakter hat. Während Modernität entsprechend der konsensfähigen Pluralisie-

rungsthese die multioptionale „Bewegung vom Schicksal zur Wahl nach sich zieht“⁸, wird unter Säkularisierung als mehrdeutige Interpretationskategorie sowohl der Funktionsverlust religiöser Institutionen⁹ („Entkirchlichung“) als auch der Prozess der Abnahme der gesellschaftlichen Bedeutung von Religion¹⁰ verstanden. Das Individualisierungstheorem behauptet dagegen die Virulenz des Religiösen außerhalb der tradierten kirchlichen Religionskultur¹¹ – eine Entwicklung, die etwa in empirischen Untersuchungen der Massenmedien¹² bestätigt und immer wieder in grundlegenden medienpädagogischen Arbeiten¹³ thematisiert wird.

Hypothesen und Untersuchungsmethode

- *Hypothese 1:* Säkularisierungsprozesse sind in Hamburg stärker ausgeprägt als im Bundesdurchschnitt.
- *Hypothese 2:* Fehlende konfessionelle Bindung (Mitgliedschaft in einer Kirche/Religionsgemeinschaft) impliziert nicht den Verlust religiöser Vorstellungen und Praktiken.
- *Hypothese 3:* Die Affinität der Hamburger zum Christentum ist größer als zu anderen Religionen.

Die Harris Interactive AG befragte im März 2013 insgesamt 1541 Bundesbürger in Hamburg (n=528) und Deutschland (n=1013). Die Onlinebefragung unter vorher registrierten und häufiger zur Verfügung stehenden Probanden dauerte im Schnitt sechs Minuten. Die Stichprobe ist nach Geschlecht, Alter, Schulbildung und Bundesland repräsentativ für die bundesdeutsche Bevölkerung. Neben soziodemografischen Daten gab es folgende Befragungsinhalte für die Operationalisierung von Religion und Religiosität:¹⁴ Konfessionszugehörigkeit; Affinität gegenüber Kirchen und Glaubensgemeinschaften; religiöse Praxis;

kognitive religiöse Dimension (Glaubensinhalte und -vorstellungen); ethische Dimension (Handlungsmaximen).

Ergebnisse der Erhebung

Hypothese 1 konnte anhand zahlreicher Indikatoren verifiziert werden. Säkularisierungstendenzen sind in der Hansestadt Hamburg stärker ausgeprägt als im Bundesdurchschnitt.

So hält sich ein Drittel der Hamburger nach eigenen Angaben weder für „gläubig“ noch für „religiös“. Im Bund sind es dagegen mehr als 10 Prozent weniger. Besonders ausgeprägt ist die fehlende religiöse Selbstwahrnehmung in der Gruppe der 14- bis 19-Jährigen, bei der zudem Merkmale einer stark distanzierten Kirchlichkeit erhoben wurden. Gut die Hälfte der Jugendlichen in Hamburg stimmte der Frage von Harris Interactive zu, weder „religiös“ noch „gläubig“ zu sein; im Bundesdurchschnitt liegt die Zahl um mehr als 20 Prozent niedriger. 60 Prozent der Hamburger Jugendlichen gehen „nie“ zu Veranstaltungen in die Kirche (Bund: 24 Prozent). Selbst am Heiligen Abend, an dem traditionell bundesweit ein Drittel aller Kirchenmitglieder die Christvesper bzw. Christmette besucht, zeigt sich geringes Interesse. Die Bereitschaft der Hamburger in dieser Altersgruppe, einen Weihnachtsgottesdienst zu besuchen, ist fünfmal geringer als im Bund. Ähnliche Distanz ist auch hinsichtlich des Kirchentags und seines Bekanntheitsgrads festzustellen. Während bei der Deutschland-Umfrage 45 Prozent der Jugendlichen mitteilten, den Kirchentag als Veranstaltung zu „kennen“, sind es in Hamburg 20 Prozent. Unabhängig von der Altersdifferenzierung gaben übrigens jeweils 69 Prozent der Hamburger bzw. der Deutschen an, dass ihnen der Kirchentag bekannt sei.

In der religiösen Praxis des Gebets treten ebenfalls Differenzen auf. Drei Viertel al-

ler Hamburger Jugendlichen beten „nie“ (Bund: 40 Prozent). Bezogen auf alle Altersgruppen bietet sich ein ähnliches Säkularisierungsbild, denn 62 Prozent der Hamburger beten nach eigenen Angaben „nie“ – im Bundesdurchschnitt sind es dagegen lediglich 40 Prozent. Und fast jeder Zweite in Hamburg besucht nie eine Veranstaltung/einen Gottesdienst in der Kirche (Bund: 34 Prozent).

Befragt nach der Mitgliedschaft in einer Kirche bzw. christlichen Glaubensgemeinschaft, gab nur etwas mehr als ein Drittel der Hamburger an, institutionell-konfessionell gebunden zu sein. Im Bundesvergleich sind es deutlich mehr als 50 Prozent.¹⁵ Rund 65 Prozent der Hamburger sind nach eigenen Angaben nicht Mitglied einer christlichen Religionsgemeinschaft (Bund: 47 Prozent). Auch hinsichtlich der kognitiven Dimension von Religion lassen sich Unterschiede feststellen: An die Auferstehung der Toten bzw. an ein Leben nach dem Tod glauben 10 bzw. 6 Prozent der Hamburger weniger als die Bundesbürger insgesamt. Eine ähnliche Differenz ist beim christologischen Bekenntnis, dass Jesus Christus der Erlöser sei, festzustellen, zu dem sich 23 Prozent der Hamburger und 35 Prozent der Bundesdeutschen zustimmend äußerten. Weitere Indikatoren für den Säkularisierungs-Trendsetter Hamburg waren bei dieser Umfrage die Aussage „Gott existiert“ (44 Prozent der Hamburger glauben das; im Bundesdurchschnitt sind es rund 10 Prozent mehr) und „Ich glaube an Engel als himmlische Wesen und Boten Gottes“ (29 Prozent der Hamburger; Bund: 36 Prozent).

Welche Folgen der Erosionsprozess des tradierten jüdisch-christlichen Traditionsbestandes hat, lässt sich hinsichtlich der ethischen Dimension (Frage: „Was bestimmt Ihr Handeln?“ mit Antwortmöglichkeiten auf einer Nominalskala) nachweisen. Sowohl in Hamburg als auch in ganz Deutschland

haben das soziale Umfeld wie Familie und Freunde sowie humanistische Werte wie Toleranz, Gewissens- und Gewaltfreiheit ein viel stärkeres Gewicht für Orientierung und Normierung individuellen Handelns als der Dekalog aus dem Alten Testament.¹⁶

Hypothese 2 konnte sowohl bei den Befragten in Hamburg als auch für die Bundesbürger insgesamt bestätigt werden. Fehlende konfessionelle Bindung impliziert keineswegs den Verlust religiöser Vorstellungen und Praktiken.

Besonders auffällige Zahlen wurden in der Gruppe der Konfessionslosen erhoben. So gehen bundesweit rund 15 Prozent von ihnen (Hamburg: 10 Prozent) „mindestens einmal pro Jahr“ in die Kirche. Am Heiligen Abend sind es rund 12 (Bundesdurchschnitt) bzw. 8 Prozent (Hamburg); an Ostern jeweils rund 3 Prozent. In der religiösen Praxis des Gebets, aber auch in der kognitiven religiösen Dimension zeigt sich ebenfalls das Bild privatisierter Religiosität. Rund 13 Prozent der Konfessionslosen in Hamburg bzw. 11 Prozent der konfessionslosen Bundesbürger beten „ein oder mehrmals im Jahr“; fast 7 Prozent der konfessionslosen Deutschen beten sogar „ein- oder mehrmals am Tag“ (Hamburg: 4 Prozent). Mehr noch: Bezogen auf die deutschlandweiten Daten glauben 39 Prozent der konfessionslosen Bundesbürger an ein Leben nach dem Tod, 33 Prozent halten die Existenz Gottes für möglich, 23 Prozent bzw. 21 Prozent glauben an Engel als himmlische Boten Gottes bzw. an eine Wiedergeburt. Aber auch dezidiert biblische Glaubensüberlieferungen sind bei den konfessionslosen Deutschen virulent. Jeweils 16 Prozent glauben an die Auferstehung der Toten bzw. sehen in Jesus Christus den Erlöser (Hamburg: 14 bzw. 11 Prozent). Doch das religiöse Interesse bezieht sich keineswegs nur auf die tradierten Bestände des Christentums, sondern auch auf fern-

östliche Religionen – insbesondere Buddhismus und Hinduismus. Die Affinität zur asiatischen Religiosität ist bei Konfessionslosen doppelt so häufig ausgeprägt wie bei Kirchenmitgliedern; Jugendliche haben an diesen Weltreligionen ein stärkeres Interesse als Ältere; und hinsichtlich des Bildungsgrades sind Hauptschüler weniger daran interessiert als Abiturienten. Die Daten von Harris Interactive deuten darauf hin, dass die Hamburger ein stärkeres Interesse an fernöstlichen Religionen haben als die Deutschen im arithmetischen Mittel.

Hypothese 3 konnte verifiziert werden. Die Affinität der Hamburger zum Christentum ist größer als zu anderen Religionen.

Obwohl nur etwas mehr als ein Drittel der Hamburger einer Kirche bzw. christlichen Glaubensgemeinschaft angehört, fühlt sich jeder zweite Hamburger trotz der festgestellten Säkularisierung dem Christentum verbunden. Auch im Bundesdurchschnitt ist der Anteil jener Deutschen, die zum Christentum die größte Affinität haben, größer als die Zahl der Kirchen- und Freikirchenmitglieder. Der Islam profitiert von der privatisierten Relevanz des Religiösen nicht. Lediglich weniger als 2 Prozent der Befragten in Hamburg und im Bundesdurchschnitt gaben an, unabhängig von einer Mitgliedschaft in einer Moschee-Gemeinde dem Islam nahezustehen. Wenn es nach dem Christentum einen bedeutenden religiösen Faktor für die individualisierte Religionspraxis gibt, dann ist es der Buddhismus. Die Zahl der Deutschen, die mit dem Buddhismus und anderen fernöstlichen Religionen sympathisieren, ist dieser Umfrage zufolge nahezu doppelt so hoch wie die Anhängerszahl für den Islam.

Das Umfrageinstitut hat darüber ein „Glaubenssegment“ erhoben, das unter anderem aus den Indikatoren Atheismus, Agnostizismus und Pantheismus besteht. 13 Prozent der Hamburger und 12 Prozent der Deutschen bezeichnen sich selbst als Atheisten,

20 bzw. 14 Prozent als Agnostiker. Recht hoch ist der Anteil pantheistischer Glaubensströmungen. Er liegt, teilweise mit buddhistischen und schwachen agnostizistischen Tendenzen imprägniert, bundesweit bei fast 50 Prozent der Bevölkerung. Der Pantheismus ist bei Katholiken etwas häufiger verbreitet als bei Protestanten.

Diskussion, Interpretation und Handlungsimpulse

1. In der Hansestadt Hamburg sind Tendenzen der Entkirchlichung im Bundesvergleich überdurchschnittlich stark ausgeprägt. Doch die erhobene Säkularisierung führt in Hamburg genauso wenig zum Verlust religiöser Vorstellungen und individueller religiöser Praktiken wie im gesamten Bundesgebiet. Es gibt also beides – eine fortschreitende Säkularisierung *und* die Wiederkehr bzw. Präsenz von Religion.¹⁷ Die im Vergleich zu allgemeinen humanistischen Werten geringer ausgeprägte Bedeutung des Dekalogs als Maxime ethischen Handelns sollte freilich nicht pauschal einer religionslosen Säkularisierung subsumiert werden. In der Auswertung der „Abendblatt“-Umfrage schreibt der Hamburger Propst Johann Hinrich Claussen: „Deshalb kann man in der hohen Wertschätzung für Gewissensfreiheit, Menschenwürde oder Solidarität einen Bezug zum Christentum sehen. Denn diese Prinzipien haben auch christliche Wurzeln, ohne dass sie jedoch den Kirchen ‚gehören‘.“¹⁸

2. Der Säkularisierungsschub ist bei den 14- bis 19-jährigen Hamburgern besonders evident. Allerdings handelt es sich dabei nicht um eine metropolentypische Singularität, sondern den Ergebnissen der Shell-Studie zufolge um ein altersgruppenspezifisches Phänomen. Sowohl die Shell-Studie als auch die „Abendblatt“-Umfrage zeigen, dass die Religiosität mit wachsendem Lebensalter zunimmt.

3. Kirchliches Handeln sollte die Gruppe der religionsaffinen Konfessionslosen stärker als bisher in den Blick nehmen. Zwar liegt der Anteil der Konfessionslosen in der Hansestadt Hamburg noch nicht ganz auf dem hohen Niveau Ostdeutschlands.¹⁹ Aber sowohl für Hamburg als auch für ganz Deutschland gilt: Konfessionslosigkeit bedeutet nicht eo ipso Religionslosigkeit. Die kognitive (intellektuelle) religiöse Dimension hat bei den Konfessionslosen ein stärkeres Gewicht als die individuelle religiöse Praxis. Damit wurden Ergebnisse des Religionsmonitors der Bertelsmann-Stiftung (2008) bestätigt.²⁰ Mit interessanten religiösen Themen von gesellschaftlicher und individueller Relevanz könnten beispielweise die evangelischen Akademien die Gruppe der religionsaffinen Konfessionslosen in Foren, Vorträgen und anderen Veranstaltungsformen ansprechen.

4. Das Christentum bleibt in der säkularisierten Metropole Hamburg die Leitreligion. Es fühlen sich deutlich mehr Menschen mit dieser Religion verbunden, als es Kirchenmitglieder gibt. Die „forcierte Säkula-

rität“ (Monika Wohlrab-Sahr), die nicht nur in Ostdeutschland, sondern tendenziell auch in Hamburg zu beobachten ist, impliziert offenbar Elemente einer „christlichen Säkularität“. Der Buddhismus hingegen stellt für das Christentum auf dem Feld der individuellen religiösen Optionen eine größere Herausforderung und Konkurrenz dar als der Islam. Das gilt für Hamburg genauso wie für die durchschnittliche Zahl der Bundesbürger.

5. In den erhobenen „Glaubenssegmenten“ sind bundesweit Synthesetendenzen von theistischen, pantheistischen und buddhistischen Spiritualitätsmustern zu erkennen, die sich insgesamt mit einer gesteigerten religiösen Produktivität erklären lassen.²¹ Die kirchlichen Akteure sollten sich daher um eine religionshermeneutische Sprache bemühen, die diffuse religiöse Bedürfnisse wahrnimmt und aus christlich-jüdischer Perspektive für die Menschen verstehbar deutet. Um die Menschen in ihrer vagabundierenden Religiosität religionskompetente Antworten geben zu können, müssen Kirchengemeinden einladend sein und introvertierte Kirchlichkeit ablegen.

Anmerkungen

¹ Vgl. den Leitartikel von „Abendblatt“-Chefredakteur Lars Haider, in: *Hamburger Abendblatt*, 30. April/1. Mai 2013, 2.

² IVW-geprüfte verkaufte „Abendblatt“-Auflage Mo.-Sa.: 200 740 Exemplare (1. Quartal 2013).

³ Edgar S. Hasse, *Im Zweifel für den Glauben*, in: *Hamburger Abendblatt*, 4./5. Mai 2013.

⁴ Initiiert sowie wissenschaftlich und publizistisch begleitet wurde die Erhebung vom Autor des vorliegenden Beitrags. Den empirischen Teil mit dem Forschungsdesign entwickelte der Vorstand von Harris Interactive, Thomas Rodenhausen, gemeinsam mit seinen Mitarbeitern Frank Drewes und David Schmidt.

⁵ Rund die Hälfte davon ist nichtchristlich; vgl. Wolfgang Grünberg/Dennis L. Slabaugh/Ralf Meister-Karanikas, *Lexikon der Hamburger Religionsgemeinschaften*, Hamburg 1995.

⁶ Vgl. ekd.de/download/kirchenmitglieder_2011.

⁷ Vgl. Detlef Pollack, *Rückkehr des Religiösen? Studien zum religiösen Wandel in Deutschland und Europa II*, Tübingen 2009.

⁸ Peter L. Berger, *Der Zwang zur Häresie. Religion in der pluralistischen Gesellschaft*, Frankfurt a. M. 1980.

⁹ Vgl. Karl Gabriel, *Im Spannungsfeld von Entkirchlichung, individualisierter Religiosität und neuer Sichtbarkeit der Religion. Der gesellschaftliche Ort der Kirche in der Gegenwartsgesellschaft*, in: Martin Reppenhausen/Michael Herbst (Hg.), *Kirche in der Postmoderne*, Neukirchen-Vluyn 2008, 117.

¹⁰ Vgl. Detlef Pollack, *Säkularisierung – ein moderner Mythos? Studien zum religiösen Wandel in Deutschland*, Tübingen 2003, 5.

¹¹ Vgl. Thomas Luckmann, *Die unsichtbare Religion*, Frankfurt a. M. 1991.

- ¹² Vgl. Edgar S. Hasse, Weihnachten in der Presse. Komparative Analysen der journalistischen Wahrnehmung des Christfestes anhand der „Weihnachtsausgaben“ ausgewählter Tageszeitungen und Zeitschriften (1955 – 2005), Erlangen 2010. Zur Religion in der digitalen Medienwelt vgl. ders., Von der Offenbarung ins Web 2.0. Die Bibel im digitalen Zeitalter – Impulse für eine Medientheologie. Mit einem Vorwort von Bischöfin Kirsten Fehrs, Gießen/Basel 2013, 88-96.
- ¹³ Vgl. Roland Rosenstock, Religion im Fernsehen für Kinder und Jugendliche, in: Gott googeln? Multimedia und Religion. Jahrbuch der Religionspädagogik, Bd. 28, Neukirchen-Vluyn 2012, 108-116.
- ¹⁴ Forschungsrelevant ist ein weites (substanzielles und funktionales) Religionsverständnis. Religion wird als transzendente Sinnkategorie, als „Lebensdeutung im Unbedingtheithorizont“ (Wilhelm Gräß), verstanden; Religiosität bezeichnet die subjektive, individuelle Facette von Religion. In der Praxis haben sich erneut die mehrdimensionalen religiösen Kategorien von Glock bewährt (vgl. Charles Y. Glock, Über die Dimensionen der Religiosität, in: Joachim Matthes, Kirche und Gesellschaft. Einführung in die Religionssoziologie II, Reinbek 1968, 150-168).
- ¹⁵ Die Erfassung des Statistischen Bundesamtes bezeichnet für das Jahr 2010 den Anteil der Kirchen- und Freikirchenmitglieder in Deutschland mit rund 59 Prozent, vgl. bpb.de/nachschlagen/zahlen-und-fakten (abgerufen am 15.5.2013). Der „Abendblatt“-Umfrage zufolge ist also der Anteil der Konfessionslosen erneut leicht gestiegen.
- ¹⁶ 44 Prozent der Deutschen lassen sich in ihrem Handeln durch das soziale Umfeld bestimmen, aber nur knapp 4 Prozent explizit durch die Zehn Gebote.
- ¹⁷ Vgl. Reinhard Hempelmann, Religion und Religiosität in der modernen Gesellschaft. Evangelische Beiträge, EZW-Texte 179, Berlin 2004.
- ¹⁸ Johann Hinrich Claussen, Begegnung beim Kirchentag: Glaube bewegt die Stadt, in: Welt am Sonntag, 5.5.2013.
- ¹⁹ Vgl. Wolfgang Pittkowsky, Konfessionslose in Deutschland, in: Wolfgang Huber/Johannes Friedrich/Peter Steinacker (Hg.), Kirche in der Vielfalt der Lebensbezüge. Die vierte EKD-Erhebung über Kirchenmitgliedschaft, Gütersloh 2006, 89-110.
- ²⁰ Rund die Hälfte der Konfessionslosen hat ein gewisses Interesse an Informationen über Religion und denkt über religiöse Themen nach. Vgl. auch Monika Wohlrab-Sahr, Das stabile Drittel: Religionslosigkeit in Deutschland, www.uni-leipzig.de/kuwi/wohlab-sahr/RM-MWS-dt.pdf (abgerufen am 15.5.2013).
- ²¹ Vgl. dazu auch den Religionsmonitor der Bertelsmann-Stiftung. Bei der Harris-Umfrage liegt der Anteil dieses Spiritualitätsmusters in der Bevölkerung höher; allerdings wurde hier auch der buddhistische Einfluss mit abgefragt.

Jörg Pegelow, Pinneberg

Kirchentag 2013

Ein Bericht aus dem Zentrum Weltanschauungen

Auf historischem Boden war beim diesjährigen Hamburger Kirchentag (1. – 5. Mai 2013) das Zentrum Weltanschauungen zu finden: im 1833 von Johann Hinrich Wichern gegründeten Rauhen Haus, das als Rettungsdorf für verwaahlte und verwaisete Kinder aus den Elendsvierteln Hamburgs den Grundstein einer den elementaren Nöten zugewandten Diakonie legte. In dieser ruhigen, grünen Oase bot das seit Jahrzehnten zum Kirchentag gehörende Zentrum Weltanschauungen ein breit gefächertes Programm an, in dem sich die Schwer-

punkte aktueller Weltanschauungsarbeit widerspiegeln. Insgesamt nahmen rund 2250 Besucher an den Veranstaltungen teil.

Der Weg zu Gott – Programm oder Beziehung?

Die Veranstaltungen wurden am Donnerstagvormittag mit der Frage nach der persönlichen Gottesbeziehung bzw. dem individuellen christlichen Glaubensweg eröffnet. Marion Küstenmacher stellte den gemeinsam mit ihrem Mann Werner (Tiki)

Küstenmacher und Tilmann Haberer im Buch „Gott 9.0“ entwickelten Glaubens- und Erfahrungsweg vor, in dem sie die Vorstellungen der Transpersonalen Psychologie aufnehmen. „Gott 9.0“ sei ein Übungsweg der Kontemplation und Schulung, auf dem man in neuen Bewusstseinsstufen bzw. Bewusstseinsräumen an religiöser Weisheit und an Gnade zunehmen könne. Bei aller Anerkennung für kulturelle und religiöse Geschichte sowie politischer und wissenschaftlicher Errungenschaften gehe es heute insbesondere darum, durch innere Suchprozesse Gott im eigenen Herzen neu zu entdecken. Dabei lasse sich an verschiedene Methoden und Praktiken aus der christlichen Tradition, aber auch aus anderen Weltreligionen anknüpfen, so etwa beim Chorsingen oder im Mandala-Malen, in Praktiken des Zen oder bei asiatischen Ki-Traditionen. Während man Christ durch die Zugehörigkeit zur Kirche sei, könne man durch den Übungsweg zum Christus auf den unterschiedlichen Bewusstseinsstufen werden.

Die evangelische Professorin für Praktische Theologie in Jena Corinna Dahlgrün dagegen sieht den christlichen Glauben als ein Beziehungsgeschehen zwischen Gott, Mensch und Umwelt. Der von ihr vorgestellte Glaubensweg ist eher beziehungsorientiert, lehnt sich an das sogenannte Doppelgebot der Liebe (Mk 12,31f) an und richtet sich nicht an einer Vervollkommnung und Höherentwicklung aus. Vielmehr müsse die Zerbrechlichkeit und der immer wieder mögliche Neuanfang in der Gottesbeziehung anerkannt werden. Dabei differenzierte sie sechs Glaubenswege: (1) der Weg in die Einsamkeit, um Gott zu finden; (2) die Wahrnehmung Gottes im Leiden des Anderen; (3) die Erfahrung des Leibes Christi als Gemeinschaft mit Gott; (4) das Entdecken Gottes im eigenen Leben; (5) die Suche nach Gott in den Dunkelheiten und Finsternissen des Lebens; (6) die Gottesnä-

he durch ein selbstverständliches Gestalten des Alltags aus dem Glauben heraus. Im nachfolgenden Podiumsgespräch wie auch durch die Rückfragen aus dem Publikum wurde deutlich, dass die von der Transpersonalen Psychologie beeinflusste Programmatik, „Gott 9.0“, eine Fülle von Fragen weckt. Diese ließen sich knapp zusammenfassen im Unbehagen, dass der qualitative Unterschied zwischen Gott und Mensch, zwischen Schöpfer und Schöpfung durchbrochen scheint und der „Gott in mir“ als Erfüllungsgehilfe persönlicher religiöser Erfahrungen diene. Die Position Dahlgrüns, die den Glauben als einen Weg beschrieb, mit Gott in eine Beziehung einzutreten und ihn zugleich als ein Gegenüber zum Menschen wahrzunehmen, schien (so zumindest mein Eindruck) dem Publikum nachvollziehbarer.

Führt Neuheidentum zum Rechtsextremismus?

Mit der zweiten Veranstaltung „Führt Neuheidentum zum Rechtsextremismus“ wurde ein gerade im Bereich der Nordkirche virulentes Problem aus weltanschaulicher Sicht beleuchtet. Ein grundsätzlicher Vortrag des Innsbrucker katholischen Dogmatikers Józef Niewiadomski erhellte die weltanschaulichen Grundlagen und jüngeren ideengeschichtlichen Entwicklungsprozesse heutiger neopaganer Vorstellungen. Dabei wies er auf die im Umkreis der Artgemeinschaft – Germanischen Glaubensgemeinschaft oder der in Mecklenburg-Vorpommern in einer Dorfgemeinschaft lebenden Artamanen adaptierten vermeintlich germanisch-arteigenen polytheistischen Grundlagen hin. Die Ablehnung des Monotheismus in der neopaganen Szene sieht Niewiadomski als Einfallstor für rassistische und rechtsextreme Vorstellungen an: Die synkretistischen Konstruktionen des Neopaganismus und des Polytheismus

könnten keine jenseits menschlicher Vorstellungen begründete Achtung der unveräußerlichen Würde jedes Menschen und der Gleichheit aller Menschen gewährleisten. Vielmehr liefen sie Gefahr, immer wieder revidierbar zu sein – auch weil sie sich nicht der kritischen Überprüfung angesichts einer göttlichen, transzendenten Wahrheit unterziehen müssten.

In einem Interview charakterisierte Julio Lambing vom Rabenclan (Untertitel: Verein zur Weiterentwicklung heidnischer Traditionen) diesen als Dachverband für neopagane Vorstellungen (u. a. Wicca, Asatru, Neu-Kelten, Anhänger graeco-romanischer, slawischer bzw. schamanischer Traditionen). Er stellte dar, wie die vom Neuheidentum vertretenen religiösen Vorstellungen gesellschaftliche Relevanz hätten und dem Wohl des Gemeinwesens förderlich wären. Er stellte fest, dass neuheidnischer Weltanschauung nicht per se völkisch-rassistisches Gedankengut eigne. Denn das Signum der Sozialität, das heißt der Berücksichtigung des Ausgleichs aller Interessen der am gesellschaftlichen Leben Teilnehmenden, stünde einer Vereinnahmung neopaganer Vorstellungen durch völkisch-rassistische Ideologien entgegen.

Offen blieb in der für das Publikum geöffneten Diskussion die Frage, ob das gesellschaftliche Eingebundensein und die soziale Verantwortung aller schon hinreichende Barrieren gegen missbräuchlich rassistisch-völkische Adaptionen neopaganer Vorstellungen aufstellen könnten. Kann also eine synkretistisch konstruierte neopagane Vorstellungswelt genügend Abwehrkräfte gegen eine Ideologisierung aufbringen?

Auch wenn zu diesen Fragen, wenig überraschend, keine einvernehmlichen Antworten gefunden wurden, so eröffnete die Veranstaltung doch einen differenzierteren Blick auf die neopagane Szene und die in ihr von Teilen deutlich forcierte Distanzie-

rung gegenüber rechtsextremen und völkischen Positionen.

Wenn Religion verletzend wird

Religion kann Menschen verletzen? Diese Frage stieß auf großes Interesse, die meisten der knapp 500 Plätze waren belegt.

Mit drei Fallbeispielen führte der sächsische Weltanschauungsbeauftragte Harald Lamprecht in Milieus verletzender Religiosität ein. Er schilderte ein protestantisch-fundamentalistisches Beispiel, ein katholisch-ultrakonservatives und eines aus dem esoterischen Milieu. Anschaulich wurde deutlich, wie sehr Glaube und vermeintlich objektive Glaubenswahrheiten das eigene Leben, aber auch das von Angehörigen kränken und krankmachen können.

In einem zweiten Eingangsstatement beschrieb Michael Utsch (EZW) die Bedingungen, unter denen sich Religiosität entwickelt und ihren heilvollen Sinn für das Leben entfalten kann. Daneben schilderte er die verletzenden und einengenden Formen von Religiosität, unter denen Menschen leiden.

In sich anschließenden Gesprächsgruppen war dann Gelegenheit, sich anhand der vorgestellten Fallbeispiele und in der Reflexion eigener Erfahrungen auszutauschen.

Wissenschaft als Welterklärung

Kontrovers ging es am zweiten Tag zu, als der Biologiehistoriker und Evolutionsbiologe Thomas Junker (Beirat der Giordano Bruno Stiftung) und der Theologe Michael Coors (Zentrum für Gesundheitsethik an der Ev. Akademie Loccum) Weltbilder und Welterklärungsmodelle gegenüberstellten. Junker sprach sich dezidiert gegen alle Versuche aus, neben einem durch die evolutionstheoretischen Vorstellungen begründeten Weltbild auch religiöse Weltbilder und Schöpfungsvorstellungen koexistieren

zu lassen. Hierauf könne sich Wissenschaft nicht einlassen; vielmehr könne Biologie als Lehre vom Leben auch eine Welterklärung abgeben. Diese explizite Ablehnung religiöser Deutungsmuster begründete er mit der Feststellung, dass Sinn und Zweck des Lebens identisch seien und in der Verbreitung und Fortpflanzung der Art lägen. Dieser Lebenssinn sei in den Genen angelegt und würde nur durch religiöse Überhöhung biologisch-evolutionärer Tatsachen als Schöpfungsglaube erscheinen.

Diesem Entwurf setzte Coors seine theologische Position entgegen, nach der jeder Versuch einer Welterklärung faktisch vom Standpunkt Gottes her argumentiere und die Welt vom objektiven Standpunkt des Alles-Wissenden und Alles-Verstehenden aus deute. Jedoch kann seiner Meinung nach auch das evolutionsbiologische Welterklärungsmodell nur im Horizont der Grenzen menschlichen Denkens erfolgen und sei bei aller Plausibilität und Bedeutung eine menschliche Konstruktionsleistung. Und auf bestimmte Fragen könne keine Wissenschaft antworten – etwa auf die nach der Freiheit und nach dem moralisch bzw. sittlich Guten. Hierzu brauche der Mensch die Vernunft, vermittels derer er sich zur Natur und zu seinen biologischen Grundlagen verhalten könne.

So konzilient die durch Publikumsbeteiligung begleitete anschließende Diskussion auch war, so deutlich wurde doch, dass zwischen einer rein immanent argumentierenden naturwissenschaftlichen Position und einer religiösen Weltdeutung ein tiefer, unüberbrückbar scheinender Graben liegt.

Wie viel Religion verträgt der Staat?

Auch der Nachmittag im Zentrum war zunächst von der Begegnung mit explizit atheistischen Positionen geprägt, nun allerdings vor dem Hintergrund der immer wieder aufbrechenden Diskussionen um die Stellung

der Kirchen und Religionsgemeinschaften innerhalb des Staatswesens. In Statements nahmen Michael Bauer (Vorstand Humanistischer Verband Bayern) und Hans Michael Heinig (Leiter des Kirchenrechtlichen Instituts der EKD) Stellung.

Michael Bauer vertrat die Auffassung, der Staat verträge „gar keine Religion“, er solle vielmehr offen sein für alle. Er müsse jeder Religion Raum geben, aber keine – wie derzeit seiner Meinung nach die christlichen Kirchen – bevorzugen. Dabei bestünde eine Normenrelativität aller Gruppen und Gemeinschaften auf gleichem Niveau, sodass der Staat nicht umhinkomme, alle Religionen und Weltanschauungsgemeinschaften gleichzubehandeln. Auch für die „negative Religionsfreiheit“, also für das Recht, mit Religion nicht behelligt zu werden, setzte sich Bauer am Beispiel des Kruzifixes in Klassenräumen ein.

Hans Michael Heinig, dessen Impulsvortrag in diesem Heft (S. 261ff) dokumentiert wird, vertrat demgegenüber den Standpunkt, dass es um des Staates willen notwendig sei, die „hinkende Trennung“ zwischen Staat und Kirche ebenso aufrechtzuerhalten wie die öffentlich erkennbare Religion in den Staat zu integrieren. Insbesondere die Ermöglichung religiöser und theologischer Bildung an Schulen und Hochschulen müsse vom Staat wahrgenommen werden. Insofern sei die Frage weniger, *wie viel* Religion der Staat verträge. Vielmehr müsse darüber nachgedacht werden, *welche* Religion der Staat verträge.

Etwas überrascht schien Michael Bauer, als sein Gegenüber dezidiert auch die Einrichtung humanistischer Lehrstühle an staatlichen Hochschulen befürwortete. Insgesamt war die Diskussion deutlich vom irenischen Willen geprägt, einander aus den unterschiedlichen religiösen bzw. weltanschaulichen Positionen heraus in der Gesellschaft Raum zu geben. Allerdings bleibt die Frage nach wie vor offen, ob recht kleine Orga-

nisationen wie der Humanistische Verband Deutschlands oder die Giordano Bruno Stiftung dem proklamierten Anspruch gerecht werden können, alle nicht religiös gebundenen Menschen in Deutschland zu vertreten. Diese Frage ist vermutlich eher beim parallel zum Kirchentag veranstalteten „Deutschen Humanistentag“ beantwortet worden.

Fundamentalismus

Außerordentlich große Resonanz erfuhr die mit der Weltanschauungsbeauftragten der württembergischen Landeskirche, Annette Kick, und mit Friedmann Eißler (EZW) durchgeführte Veranstaltung zum christlichen und zum islamischen Fundamentalismus. In den beiden einführenden Kurzreferaten wurde das Gemeinsame, aber auch das jeweils Spezifische im Fundamentalismus beider Weltreligionen herausgearbeitet. Im Anschluss daran stand der ausführliche Austausch mit dem Publikum im Mittelpunkt.

Insbesondere die fundamentalistischen Herausforderungen im eigenen christlichen Haus führten zu einer Fülle von Nachfragen an die Referentin und verdeutlichten zweierlei: Zum einen beschäftigen fundamentalistische Positionen viele Kirchenmitglieder in hohem Maße – auch und gerade weil von Seiten christlicher Fundamentalisten andere christliche Glaubenswege als defizitär oder gar als häretisch delegitimiert werden. Zum anderen sind sich viele unsicher, wie sie sich gegenüber christlich-fundamentalistischen Positionen verhalten sollen. Bei den Rückfragen zum islamischen Fundamentalismus ging es häufig um die Erkennbarkeit fundamentalistischen Gedankengutes.

NAK: Fortschritt oder Stillstand?

Die Neuapostolische Kirche (NAK) hat ihren ersten Katechismus herausgebracht.

Um die unterschiedlichen Auffassungen zu den Veränderungen innerhalb der NAK und die Annäherung der NAK an die Ökumene ging es in der letzten Veranstaltung des Zentrums Weltanschauungen.

Neben zwei Mitgliedern der NAK, Volker Kühnle (Arbeitsgruppe Ökumene und Mitwirkender bei der Katechismus-Erstellung) und Steffen Liebendörfer (Herausgeber eines „progressiven“, anti-exklusivistischen NAK-Internetmagazins, www.religionsreport.de), nahmen Maria Stettner (Geschäftsführerin der ACK in Bayern) sowie Kai Funkschmidt (EZW) an der im zweiten Teil der Veranstaltung auch für Publikumsfragen geöffneten Veranstaltung teil.

Steffen Liebendörfer vertrat in seinem Eingangsstatement die Auffassung, dass der NAK-typische Exklusivitätsanspruch ebenso weiterhin bestehe wie die Vorstellung eines allein ans Apostelamt gekoppelten Heils- und Gnadenwirkens Gottes. Kai Funkschmidt hingegen beschrieb von ihm wahrgenommene Veränderungen, die die NAK auf die Ökumene zugehen ließen. So werde erstmals auf die Heilige Schrift als Glaubensgrundlage verwiesen und die Lektüre der Bibel empfohlen. Auch wenn an einigen Stellen Defizite und weiterer Klärungsbedarf bestünden – so etwa, ob sich die Offenbarungen des Stammapostels an der Bibel messen lassen müssen oder ob Offenbarungen auch über die Bibel hinausgehen können, so sei doch festzuhalten, dass die Lehrunterschiede zwischen der NAK und anderen Kirchen nicht größer oder substanziell anders seien als zwischen den Kirchen, die der ACK angehörten. Zudem sei die ACK eine ökumenische Arbeitsgemeinschaft und keine Organisation, in der sich Kirchengemeinschaft abbilde.

Volker Kühnle formulierte deutlich den Wunsch der NAK, auf die ökumenisch verbundenen Kirchen zuzugehen. Dabei sei man bereit, die eigene Theologie zu reflektieren und zu revidieren und hoffe,

durch den Katechismus auf einen in der Ökumene akzeptierten und transparenten Weg zu kommen. Kühnle wünschte sich, dass die exklusiv anmutenden Elemente – z. B. einzig wahre Kirche zu sein – als Sondergut betrachtet werden sollten und nicht zu Missverständnissen führten. Maria Stettner schloss sich den Überlegungen Funkschmidts an und strich insbesondere heraus, dass die NAK ihren Exklusivitätsanspruch, alleinige Brautgemeinde Christi zu sein, aufgegeben habe. Bezug nehmend auf die Entscheidung der bundesdeutschen ACK, die Gespräche mit der NAK fortzuführen, formulierte sie eine Reihe von Themen, über die Klärung herbeizuführen sei. So stehe das Gespräch über offene theologische Fragen (u. a. hermeneutische Prinzipien; Verhältnis von Taufe und Versiegelung), aber auch über die Rezeption und Verbindlichkeit des Katechismus innerhalb der NAK und in den NAK-Gemeinden auf der Agenda.

Deutlich wurde aber auch, dass sowohl aufseiten der NAK nach einem Jahrzehnte langen exklusiven und andere exkludierenden Gemeinde- und Glaubensleben diese Veränderungen ebenso Zeit brauchen wie in den Kirchen der ACK, in denen der Veränderungsprozess innerhalb der NAK oft noch nicht angekommen sein dürfte. Auch wenn es seitens der NAK-Verantwortlichen den Wunsch nach zeitnahen ökumenischen Veränderungen geben mag, so sollen von beiden Seiten die nächsten Schritte nicht übereilt, sondern im angemessenen

Tempo gegangen werden. Welches Ergebnis am Ende stehen wird – Fortschritt oder Stillstand –, wird sicherlich auch davon abhängen, ob und wie der neue, seit Pfingsten 2013 amtierende Stammapostel Jean-Luc Schneider diese Entwicklung begleiten und fördern wird.

Von Hamburg 2013 nach Stuttgart 2015

Das Weltanschauungszentrum ist seit langer Zeit beim Kirchentag etabliert. Die in diesem Jahr manchmal überraschend große Resonanz auch ohne vermeintlich Aufsehen erregende Themen (z. B. Scientology, Satanismus) zeigt das Interesse von Kirchentagsteilnehmerinnen und -teilnehmern, die Grenzen evangelischen bzw. des christlichen Glaubens auszuloten. Zur Zeitansage protestantischer Frömmigkeit und evangelischen Glaubens gehört die Begegnung mit christlichen Gemeinschaften, die der Ökumene (noch?) fernstehen, ebenso wie das Gespräch über andere Formen von Religion. Zudem ist der Kirchentag ein angemessener Ort, um sich im Wortsinne protestantisch zu verhalten, also einerseits einengende und beängstigende Religiosität zur Sprache zu bringen und andererseits allen Versuchen, das Christliche und Religiöse aus dem öffentlichen Bewusstsein und dem öffentlichen Raum zu verdrängen, angemessen und deutlich zu begegnen. In diesem Sinne auf ein Neues in einem Zentrum Weltanschauungen in Stuttgart 2015.

Hans Michael Heinig, Göttingen

Wie viel Religion verträgt der Staat?¹

Eine Revision der Ausgangsfrage

Wie viel Religion verträgt der Staat? Vor 20, vor 40 Jahren wäre niemand auf die Idee gekommen, eine solche Veranstaltung auf dem Deutschen Evangelischen Kirchentag anzubieten. Schon das zeigt, dass sich in der Wahrnehmung von Religion in der Gesellschaft etwas verändert hat. Bis in die 1990er Jahre hinein erschien den meisten das Christentum als unverzichtbare Umweltbedingung einer modernen Demokratie. Menschenrechte und Menschenwürde, demokratische Teilhabe und sozialstaatliche Sekuritätsversprechen wurden leichthändig zum jüdisch-christlichen Erbe erklärt. Stark verdichtet (und häufig missverstanden) wurde dieser Befund im sogenannten Böckenförde-Theorem: „Der freiheitliche, säkularisierte Staat lebt von Voraussetzungen, die er selbst nicht garantieren kann.“²

Inzwischen sind die gehaltvollen Debattenbeiträge um Recht und Religion, Demokratie und Christentum auch aus Kirchenkreisen vorsichtiger formuliert. In der Genealogie der Moderne spielen theologische Denkfiguren des Christentums und Judentums eine Rolle. Gerade in der nordamerikanischen Revolution kann man sie nachspüren. Doch die Entwicklung in Nordamerika erinnert uns auch daran, dass Demokratie und Menschenrechte viele Jahrzehnte lang nicht durch die Kirchen, sondern gegen die Kirchen durchgesetzt werden mussten. Es waren die in Europa verfolgten (neuprotestantischen) Dissenter, die in Nordamerika eine starke religiöse

Idee von Menschenrechten durchsetzen. Sie fanden sich dabei von Anfang an verbunden mit Vertretern eines aufgeklärten Vernunftrechts, eines säkularen Vertragsrechts, das insbesondere die philosophischen Debatten in Europa prägte. Als traditionelle Gralshüter der normativen Moderne, der Doppelung aus individueller Selbstbestimmung und kollektiver Selbstregierung, können sich die verfassten Kirchen also kaum glaubwürdig inszenieren. Eher taugt die Rolle als Träger einer lernfähigen und lehnbereiten Kulturströmung, deren ideelle Ressourcen für die Ideengeschichte des freiheitlichen Verfassungsstaates von hoher, aber eben nicht exklusiver Bedeutung war.

In dieser Rolle als lernfähige Kulturströmung spielen die Kirchen aber auch heute noch eine wichtige Rolle. Womöglich taugten sie nie so sehr zum religionspolitischen Vorbild wie in diesen Tagen. Denn sie haben wesentliche Anpassungsleistungen erbracht, die von allen Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften im Interesse eines friedlichen Zusammenlebens gefordert sind.

Entgegen fortschrittsoptimistischen Prognosen säkularistischer Weltanschauungen ist Religion im Laufe der Zeit nicht verschwunden. Ihre sozialen Erscheinungs- und Organisationsformen haben sich jedoch stark verändert. Die Soziologie spricht von Prozessen der Individualisierung und Pluralisierung. Zudem lässt sich ein starker Säkularisierungsschub nicht verkennen. Er findet Ausdruck in der Entwicklung der Kirchenmitgliedertzahlen, auch wenn man

Säkularisierung und Kirchenaustritt nicht einfach gleichsetzen darf. Es gibt „believing without belonging“ und „belonging without believing“. Eine dritte Verschiebung in der Wahrnehmung schließlich: 9/11 hat eindrücklich vor Augen geführt, dass Religion eine gefährliche Seite hat. Religion – das ist nicht nur Sinnstiftung, Solidarbeziehungen und die Sorge um soziale Kohäsion, sondern auch Fundamentalismus, Repression, Gewalt. Doch gerade weil Religion ein Ambivalenzphänomen ist, scheint mir die titelgebende Frage der Veranstaltung missverständlich. Die Frage ist doch eigentlich nicht: *Wie viel*, sondern *welche* Religion verträgt der liberaldemokratische Staat?

Zu Glauben, Wissen und Freiheit bei Jürgen Habermas

Mit dem Thema Religion und moderner Verfassungsstaat hat sich in den letzten Jahren der Sozialphilosoph Jürgen Habermas intensiv beschäftigt. Auf ihn will ich im Folgenden verweisen. Denn mit Habermas lässt sich das Religionsverfassungsrecht des Grundgesetzes verfassungstheoretisch ganz gut erschließen.

Habermas betont in seinen Schriften einerseits, dass sich die liberaldemokratische Ordnung westlicher Staaten nichtreligiösen, nachmetaphysischen Begründungen verdankt. Das spezifische Zusammenwirken von Menschenrechten und Demokratie wurde, historisch betrachtet, zunächst vernunftrechtlich durchbuchstabiert. Vernünftigkeit bedingt Verallgemeinerbarkeit. Einer besonderen religiösen Begründung bedarf der demokratische Verfassungsstaat demnach nicht.

Andererseits weist Habermas immer wieder darauf hin, dass ein solches Modell nachmetaphysischer, allgemeinverbindlicher politischer Ordnung auf „entgegenkommende Lebensformen“³ angewiesen ist. Solche entgegenkommenden Lebensfor-

men gründen im partikularen Ethos, etwa des Christentums, des Judentums oder des Humanismus. Habermas verteidigt deshalb den säkularen Selbststand einer liberaldemokratischen Herrschaftsordnung und plädiert zugleich dafür, Religion (und Weltanschauung) in der Öffentlichkeit zu verorten.

Habermas sieht die öffentliche Funktion der Religion auf zwei Ebenen. Zum einen bildet Religion ein „dichtere[s] Geflecht kultureller Wertorientierung“⁴ aus, als die freiheitliche Demokratie selbst mit ihren formalen Prozeduren zu vermitteln vermag. Das religiöse Ethos kann Menschen auf besondere Weise motivieren, über sich selbst hinauszudenken, sich als Autoren des für alle geltenden Rechts aktiv einzubringen und in diesem Sinne gute Demokraten zu sein. Zum anderen sieht Habermas in der Religion und ihren Theologumena (etwa Schuld und Erlösung, Rechtfertigung und Gnade, Person und Werk, Schöpfung und Geschöpflichkeit) nicht ausgeschöpfte Potenziale für politische Verständigungsprozesse innerhalb der säkularen Verfassungsordnung. Religion sorgt so gesehen für produktive Unruhe im politischen Prozess. Freilich kann Religion diese öffentliche Funktion angesichts des *factum brutum* religiöser Vielfalt, der Pluralität menschlicher Vorstellungen vom gelingenden Leben nur einnehmen, wenn sie sich auf die Bedingungen der Moderne einstellt. Den Gläubigen wird eine dreifache Reflexionsleistung abverlangt: Ich zitiere aus der Rede anlässlich der Verleihung des Friedenspreises des Deutschen Buchhandels „Glauben und Wissen“: „Das religiöse Bewusstsein muss erstens die kognitiv dissonante Begegnung mit anderen Konfessionen und anderen Religionen verarbeiten. Es muss sich zweitens auf die Autorität von Wissenschaften einstellen ... Schließlich muss es sich auf die Prämissen des Verfassungsstaates einlassen, die sich aus einer profanen Moral

begründen.“⁵ Die Religion muss sich mit anderen Worten so aufstellen, dass sie den Anhängern ermöglicht, trotz partikularer religiöser Identität (als Protestant, Muslima, Jude, Atheistin), anderen Bürgerinnen und Bürgern im politischen Raum als gleichberechtigt zu begegnen und die sich daraus ergebenden Begrenzungen, die partielle Suspendierung der religiösen Wahrheitsfrage, zu verinnerlichen. Wo das misslingt, entstehen zwangsläufig besondere Konflikte. Umgekehrt gilt nach Habermas aber auch: „Das universalistische Anliegen der politischen Aufklärung erfüllt sich erst in der fairen Anerkennung der partikularistischen Selbstbehauptungsansprüche religiöser und kultureller Minderheiten.“⁶ Der Satz war von Habermas bewusst im Zusammenhang mit der Beschneidungsdebatte in Deutschland im vergangenen Jahr formuliert. Für die Gläubigen ist die mit der säkularen Rechtsordnung verbundene Einschränkung der praktischen Wirksamkeit ihrer Glaubenswahrheiten immer auch eine Zumutung. Diese Zumutung wird deutlich gemildert, wenn sich die Religionen „die normativen Grundlagen des liberalen Staates ... unter eigenen Prämissen aneignen“, wie Habermas schreibt. Solche Aneignungsprozesse finden sich etwa für die römisch-katholische Kirche im Zweiten Vatikanum und für den deutschen Protestantismus in der EKD-Denkschrift „Evangelische Kirche und freiheitliche Demokratie. Der Staat des Grundgesetzes als Angebot und Aufgabe“. „Die erforderliche Rollendifferenzierung zwischen Gemeindemitglied und Gesellschaftsbürger muss aus der Sicht der Religion selbst überzeugend begründet werden, wenn nicht Loyalitätskonflikte weiter schwelen sollen“, so Jürgen Habermas.⁷

Doch auch den Ungläubigen werden nach Habermas Toleranzzumutungen abverlangt. Die religiös-weltanschauliche Neutralisierung staatlicher Gewalt verbietet

es auch, ein säkularistisch-szientistisches Weltbild für allgemein verbindlich zu erklären. Nichtgläubigen verlangt Habermas deshalb ab, im politischen Raum religiöse Überzeugungen nicht für schlechthin irrational zu erklären, sondern die religiöse Sprache in der öffentlichen Diskussion zuzulassen und sich sogar an deren Übersetzung in allgemeine, d. h. kraft Vernunft erschließbare Gehalte zu beteiligen.

Offenheit für die Religionen der Bürger oder Verdrängung der Religion?

Moderne Staatlichkeit verlangt politische Anerkennung des religiös-weltanschaulichen Eigensinns und religiöse Aneignung der säkularen Grundlagen einer liberaldemokratischen Verfassungsordnung. Mir scheinen die Überlegungen von Jürgen Habermas den ethischen Selbstanspruch liberaldemokratischer Verfassungsordnung sehr gut wiederzugeben und auch für eine politische Verständigung über religionspolitische Ordnungsfragen orientierend. Es wäre dann zu prüfen, welche Ausgestaltung eher in der Lage ist, die von Habermas angemahnte Doppelung aus politischer Anerkennung des religiös-weltanschaulichen Eigensinns und religiöser Aneignung der säkularen Grundlagen einer liberaldemokratischen Verfassungsordnung zu stimulieren. Es wäre zu fragen, welche Ordnung eher in der Lage ist, eine kulturkämpferische Konflikteskalation zu vermeiden, integrativ-pazifizierend zu wirken und Bürgerinnen und Bürgern Freiheit, in einem gehaltvollen Sinne verstanden, zu garantieren. Idealtypisch lautet die Alternative: die Verdrängung der Religion aus der Öffentlichkeit, der Laizismus mit seinem säkularistisch-weltanschaulichen Überschuss und seinem halbierten Freiheitsverständnis⁸, oder ein Staat, der offen ist für die Religionen und Weltanschauungen seiner Bürgerinnen und Bürger, gerade damit er selbst nicht religi-

ös oder weltanschaulich wird. So gestellt, beantwortet sich die Frage im Lichte der vorstehenden Überlegungen von selbst. Man kann sicherlich lange über Sinn und Unsinn vieler Details des geltenden Religionsrechts in Deutschland diskutieren. Seine Grundkoordinaten entsprechen jedenfalls den Habermas'schen Anforderungen. Den Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften wird Raum in der Öffentlichkeit eingeräumt, auch im staatlich verfassten Bereich dieser Öffentlichkeit. Dies geschieht nicht als Fortsetzung der alten Verbindung von Thron und Altar, sondern spiegelt die religiös-weltanschaulichen Präferenzen der Bürgerinnen und Bürger wider. Wohlwollende Kooperation und Integration statt laizistische Ausgrenzung und säkularistischer Kulturkampf – dieses Arrangement prägt zugleich die Religionskulturen und trägt zu deren Zivilität bei. Religionsunterricht (für alle Religionen, Weltanschauungen und Bekenntnisse) an öffentlichen Schulen, Theologie (evangelische, römisch-katholische, islamische, jüdische) an staatlichen Hochschulen, der für alle zugängliche freiheitsfördernde Status der öffentlich-rechtlichen Körperschaft für Religions- und Weltanschauungsge-

meinschaften, der Einbezug der religiösen Wohlfahrtspflege in den sozialstaatlich organisierten sozialen Sektor – all dies stellt die religiös-weltanschauliche Neutralität nicht etwa infrage, sondern bekräftigt und gestaltet die von der Verfassung garantierte gleiche Freiheit in rebus religionis und die darauf aufruhende Idee einer religiös-weltanschaulichen Neutralität des Staates gerade. Der Laizismus dagegen, wie er von verschiedenen linken und humanistischen Bewegungen in Deutschland propagiert wird, erweist sich bei näherem Hinsehen als stark in den Traditionen des etatistischen und paternalistischen Denkens verwurzelt. Er ist, zugespitzt formuliert, nicht Ausdruck der Ideale der Aufklärung, sondern Verrat an ihnen. Das geltende Staatskirchenrecht bietet eine profunde Grundlage für seine organische Weiterentwicklung als modernes Religionsverfassungsrecht. Der Laizismus mit seinem naiven Fortschrittsoptimismus, seiner vordemokratischen Gegenüberstellung von Staat und Gesellschaft und seinem Hang zu staatlicher Bevormundung bedeutete hingegen einen Rückfall in das Denken des 19. Jahrhunderts. Unsere religionspolitische Zukunft sieht hoffentlich anders aus.

Anmerkungen

- ¹ Impuls für die Veranstaltung „Wie viel Religion verträgt der Staat“ – Zentrum Weltanschauungen auf dem Deutschen Evangelischen Kirchentag in Hamburg am 3. Mai 2013. (vgl. den Bericht von Jörg Pegelow in diesem Heft, 255ff).
- ² Ernst-Wolfgang Böckenförde, Die Entstehung des Staates als Vorgang der Säkularisation, in: ders., Recht, Staat, Freiheit, Frankfurt a. M. 1991, 92.
- ³ Jürgen Habermas, Treffen Hegels Einwände gegen Kant auf die Diskursethik zu?, in: ders., Erläuterungen zur Diskursethik, Frankfurt a. M. 1991, 25.
- ⁴ Jürgen Habermas, Vorpolitische Grundlagen des demokratischen Rechtsstaates?, in: ders., Zwischen Naturalismus und Religion, Frankfurt a. M. 2005, 111.
- ⁵ Jürgen Habermas, Glauben und Wissen, Frankfurt a. M. 2001, 14.
- ⁶ Jürgen Habermas, Vortrag in der Siemens-Stiftung am 6.8.2012, online unter www.nzz.ch/aktuell/feuilleton/literatur-und-kunst/wie-viel-religion-vertraegt-der-liberale-staat-1.17432314 (30.5.2013).
- ⁷ Jürgen Habermas, Religiöse Toleranz als Schrittmacher kultureller Rechte, in: ders., Zwischen Naturalismus und Religion, Frankfurt a. M. 2005, 258 (268f).
- ⁸ Siehe Hans Michael Heinig, „Säkularismus“ und „Laizismus“ als Anfragen an das säkulare Religionsrecht in Deutschland, in: Lothar Häberle/Johannes Battler (Hg.), Islam – Säkularismus – Religionsrecht, Berlin 2012, 79ff.

INFORMATIONEN

RELIGIÖSE LANDSCHAFT

„Bist du heute bereit für die Ewigkeit?“ Religiöse und andere Gruppen werben im Umfeld des Kirchentags.

Der evangelische Kirchentag ist seit jeher nicht nur ein Fest des Protestantismus. Auch Apokalyptiker und christliche Fundamentalisten, religiöse Klein(st)gruppen und überzeugte religiöse Individualisten werden wie von einem Magneten angezogen. Manchmal freundlich einladend, oft aber mit mahnendem Zeigefinger, mit bedrohlichen Bildern und Texten und zuweilen exklusiver und sehr spezieller Heilsgewissheit, wurden auf Hamburgs Straßen und vor den Veranstaltungsorten Massen an Flugblättern und Zeitschriften, Büchern und DVDs verteilt. Vertraute Gäste sind die kleinen adventistischen Splittergruppen, denen man auch dieses Mal während des gesamten Kirchentags in der Innenstadt und auf dem Messegelände begegnen konnte. Die „Missionsgesellschaft zur Erhaltung und Förderung adventistischen Glaubensgutes e.V.“ (www.mefag.de) verteilte in unüberschaubarer Menge das schon seit Jahrzehnten bekannte, klein gedruckte und kaum lesbare schwarz-rote Faltblatt „Fakten zur Zukunft“. Wesentlich bunter und materialreicher konnte man sich bei der „Internationalen Missionsgesellschaft der Siebenten-Tags-Adventisten Ref.“ (www.jesuskommtbald.de) sowie dem „Missionshaus Hahnenhof“ (www.missionshaus-hahnenhof.de) mit Büchern und DVDs eindecken; auf Faltblättern wurde zudem die nahende Endzeit aufgrund des im Papsttum entdeckten Antichrists berechnet.

Hatte man die adventistischen Weltuntergangspropheten am Rathausmarkt hinter sich gelassen, begegnete man auf dem Weg zum Hauptbahnhof an einem Schriften-

tisch der „Biblischen Christengemeinde“ aus Lübeck, die im August 2011 im Osten Hamburgs mit einer Zeltmission Aufsehen erregte, ansonsten aber in großer Distanz zur Ökumene und anderen christlichen Gemeinschaften ihr Eigenleben führt. Nur ein paar Schritte weiter drückten einem neopentekostale und charismatische Gemeinden und Organisationen Zettel in die Hand. So luden die „Pfingstgemeinde in Hamburg e.V.“, Mitglied im BFP, und die spanischsprachige „Movimiento Misionero Mundial“ (Hamburg) zu ihren Gottesdiensten ein. Und die konfessionell nicht gebundene, 2004 von der Evangelischen Allianz Hamburg ausgehende Initiative „Gemeinsam für Hamburg“ (www.gemeinsam-fuer-hamburg.de) bot mit dem Handzettel „Gott antwortet auf Gebet“ persönliche Segensgebete direkt auf der Straße an.

Ein besonderes Eigenleben führen wohl auch viele der christlichen Soloprediger, von denen mir einige von vergangenen Kirchentagen bekannt vorkamen. Quer durch die Innenstadt und in allen Fußgängerzonen traf man auf sie. Die einen hielten lange, lautstarke Bußpredigten und ließen sich von ihren Monologen auch durch – zuweilen durchaus wohlmeinende Zwischenrufe – nicht abbringen. Andere versuchten im persönlichen Kontakt zu missionieren, verteilten Faltblättchen von Schriftenmissionen (u. a. Missionswerk Werner Heukelbach; Nightlight – Jesus im Fokus; Verbreitung der Heiligen Schrift). Wieder andere verteilten im Selbstverlag Erstelltes. So brachten Andrej und Wiktor Schmidtgall „Gottes prophetische Sicht unserer Zeit“ und „Die Gebote Gottes“ unters Kirchentagsvolk, während Johannes Kirchhoff fragte: „Bist du heute bereit für die Ewigkeit?“ Kaum dass ich feststellte, diese Frage wohl nicht richtig beantworten zu können, lud mich eine nicht näher benannte Gruppe ein, „nach dem Beispiel der ersten Christen in verbindlicher Gemeinschaft zu leben“; doch als ich

die in deren kleinem Heftchen „Über das Leben der ersten Christen“ angegebene Mail-Adresse anscrieb, wurde mir keine Antwort zuteil. Mancher hielt es nicht für nötig, dem Neugierigen mitzuteilen, wer hinter einem religiösen Reklamezettelchen stand. So erfuhr ich zwar: „Jesus macht alles neu“. Doch wer diese nicht unbedingt grundstürzende Einsicht hatte, kann man (vielleicht?) erfahren, wenn man sich an ein Postfach in Melsungen wendet.

Auch christliche Abtreibungsgegner verteilen, wie schon auf vielen Kirchentagen, ihre Flugblätter. Die in Weinheim angesiedelten „Christen gegen Abtreibung“ (www.abtreiber.com) veröffentlichten in ihrem Handzettel („Soviel du brauchst“) Namen und Adressen von etwa 45 Ärztinnen und Ärzten im Großraum Hamburg, bei denen man Abtreibungen durchführen lassen könnte. Darin die Aufforderung: „Bitte beten Sie vor der nächstgelegenen Praxis für eine abtreibungsfreie Hansestadt Hamburg.“ Unter gleicher Weinheimer Adresse war auch die „Initiative nie wieder e.V.“ (www.Babycaust.de) vertreten. Und die „Vereinigung zum Schutz schwacher und hilfloser Menschen“ behauptet auf ihrem Flugblatt, in Deutschland würde jede Minute ein ungeborenes Kind sterben müssen – also rund 525 000. Nach amtlichen Statistiken ist diese Zahl allerdings um rund 500 Prozent zu hoch.

Aber auch nichtchristliche Aktivisten und Organisationen nutzten den Kirchentag. Zum Beispiel war in der Nähe des Hauptbahnhofs ein Stand der Falun-Gong/Falun-Dafa-Bewegung aufgebaut, an dem der religiöse Weg dieser Bewegung und ihre Situation in China dargestellt wurden.

Seit einiger Zeit fällt in Hamburg im Umfeld buddhistischer Veranstaltungen als einzelner Flugblattverteiler der Ingenieur (FH) Finn Anklam auf, der auf Englisch und auf Deutsch darüber zu informieren sucht, dass der Buddhismus, anders als in

der öffentlichen Wahrnehmung, sich nicht durch „Wahrheit“ und „Frieden“ auszeichnet, sondern dass eigentlich das Gegenteil der Fall sei.

Als geradezu überwältigend muss die Scientology-Organisation die Resonanz erlebt haben. So viele Besucherinnen und Besucher wie während des Kirchentags hat die Hamburger Niederlassung ansonsten vermutlich in einem gesamten Jahr nicht. Schon am Abend der Begegnung waren viele blaue Kirchentagsschals im Scientology-Gebäude zu sehen, und auch „Der Weg zum Glückhsein“ – auf einem kleinen Tisch bereitliegend – ging weg wie geschnitten Brot. Berichtet wurde mir allerdings auch von Anwerbungsversuchen bei ausländischen Kirchentagsbesuchern, die als sehr bedrängend und unverschämt empfunden wurden.

Auch Vertreter atheistischer bzw. laizistischer Positionen fanden auf dem Kirchentag ein Plätzchen zum Schriftenverteilen: So forderte „Die Linke“ auf Handzetteln eine „konsequente institutionelle Trennung von Staat und Kirche“. Und vor dem Abschlussgottesdienst wurde in Anlehnung an Bertolt Brechts Geschichten von Herrn K. unter der Überschrift „Kaum zu glauben. ‚Soviel du brauchst‘ – Fehlanzeige!“ eine großformatige, vierseitige „Zeitung von Herrn Keiner und anderen“ verteilt. Darin wird, anknüpfend an Karl Marx' altbekanntes Verdikt der Religion als „Opium des Volkes“, christlichem Glauben und aller Religion per se unterstellt, den Menschen nicht zu helfen, sondern bestehende Herrschaftsverhältnisse zu zementieren und Ausbeutung zu legitimieren (www.herrkeiner.com).

Schließlich suchte auch der Berliner Hannes Müller als Gegner der Beschneidung Abnehmer für sein Falblatt, in dem er Stellung gegen das 2012 verabschiedete Beschneidungsgesetz bezog und zu einer Demonstration nach Köln einlud. Als ich nach dem Abschlussgottesdienst im Ham-

burger Stadtpark – fast saß ich schon in der U-Bahn – auch noch mehrere Broschüren der „Zwölf Stämme“ in meinem Rucksack verstaute, da wusste ich: Ganz bestimmt ist mehr verteilt worden als nötig. Und dennoch fasziniert mich jedes Mal aufs Neue der große Einsatz vieler Einzelner und Gruppen, die oft in der ihnen entgegengebrachten Ablehnung eine Bestätigung sehen dürften, auf dem richtigen Weg zu sein und einer bösen, falschen, unerlösten Welt gegenüberzustehen. Ob es aber Kirchentagsbesucher gab, bei denen Drohbotschaften und antiökumenische Polemik wirklich gut angekommen sind? Ob jemand ganz anders und neu für die Ewigkeit bereit war? All dies wird wohl ein ewiges Geheimnis bleiben. Wenig geheimnisvoll aber ist, wo das meiste Verteilmaterial blieb: Prall gefüllt waren am Ende jedes Tages die großen Bäume der Papiermülltonnen in Hamburg.

Jörg Pegelow, Pinneberg

SEKTEN

Neuer französischer Senatsbericht warnt vor der Versektung von Gesundheitsangeboten. Wenn ein Staat eine „Sektenbehörde“ einrichtet, spiegelt sich darin die kulturelle Prägung und Geschichte des Landes wider. Sowohl Belgien als auch Frankreich unterhalten vergleichsweise üppig ausgestattete staatliche Behörden, die neue religiöse Bewegungen unter dem Label „Sekten“ auf ihr Gefahrenpotenzial hin untersuchen.

In Frankreich haben sich bereits drei Enquete-Kommissionen ausgiebig mit Sektenfragen beschäftigt und umfangreiche Berichte vorgelegt. Nachdem Mitte der 1990er Jahre in den französischsprachigen Ländern Kanada, der Schweiz und Frankreich durch drei kollektive Mord- und Selbstmordhandlungen der Sonnentempler insgesamt 74 ihrer Mitglieder starben,

wurde mit großer öffentlicher Zustimmung eine Sekten-Enquetekommission eingesetzt. Die staatliche Behörde legte 1996 ihren Bericht „Die Sekten in Frankreich“ vor (Rapport 2468 der 10. Legislaturperiode). Eine Grundlage für ihre Einschätzungen bildeten 20 Anhörungen mit Gesundheitsexperten, Juristen, Pädagogen und Kirchenvertretern. Starke Kritik erntete die Kommission dafür, dass sie auf einer „Schwarzliste“ 172 gefährliche Gruppen mit Namen nannte. Demnach seien ein halbe Millionen Franzosen „gefährliche Personen“ oder Opfer von Manipulationen geworden. 1999 wurde eine zweite Enquete-Kommission eingesetzt, die sich mit den Versektungsgefahren in der Wirtschaft und den Finanzdienstleistungen beschäftigte. Zu diesem Thema wurden 48 teils öffentliche Anhörungen durchgeführt, und es wurde ebenfalls ein Bericht vorgelegt (Rapport 1687 der 11. Legislaturperiode). 2006 wurde zum dritten Mal eine derartige Kommission einberufen, die sich mit dem Einfluss von Sekten auf die körperliche und seelische Gesundheit von Kindern und Jugendlichen beschäftigte (Rapport 3507 der 12. Legislaturperiode). 40 der durchgeführten 63 Anhörungen waren öffentlich und riefen große mediale Aufmerksamkeit hervor, weil die Schutzbedürftigkeit eines Kindes unmittelbar einleuchtet.

Im Jahr 2002 wurde in Paris eine ständige interministerielle Arbeitsgruppe zur „Wachsamkeit und [zum] Kampf gegen sektiererische Abweichungen“ eingerichtet („Mission interministérielle de vigilance et de lutte contre les dérives sectaires“, MIVILUDES), die direkt dem Ministerpräsidenten unterstellt ist. Dieses staatliche Institut veranstaltet Informationsveranstaltungen, koordiniert politische und wissenschaftliche Aktivitäten und gibt Jahresberichte heraus. Ende April 2013 wurde dem französischen Premierminister der aktuelle, knapp 200 Seiten starke Jahresbericht 2011/2012 überreicht. Darin

wird berichtet, dass die Anfragenhäufigkeit sich in den letzten beiden Jahren um 22 bzw. 26 Prozent gegenüber dem Vorjahr erhöht habe. Besondere Versektungstendenzen machte die Behörde außer auf dem Gebiet der Sterbebegleitung im Bereich alternativer Gesundheitsangebote aus. Mit einer breit angelegten Kampagne wurden deshalb im März 2013 in Zusammenarbeit mit dem Familienministerium gezielt Eltern angesprochen: „Ist ihr Kind hyperaktiv? Leidet es unter Konflikten? Ist es krank? Gibt es Schulprobleme? Eltern, achtet auf Sekten! Vorsicht vor wundersamen Lösungen! Informieren Sie sich bei Miviludes!“ Mit dieser Kampagne sollen Eltern vor den Gefahren sektiererischer Vereinnahmung gewarnt werden, die gerade im Gesundheitsbereich gesehen werden. Die Zahl der Kinder, die Opfer von Sekten seien, wird von Miviludes in Frankreich auf 60 000 bis 80 000 geschätzt. Auch der Europarat hat sich dieses Themas angenommen. Schon im Jahr 2011 wurde vom Europarat die Resolution „Sektiererische Exesse und Verletzung der Menschenrechte“ verabschiedet. Das Projekt „Schutz von Minderjährigen vor dem Einfluss von Sekten“ wurde in Auftrag gegeben, das die Situation in den Mitgliedsstaaten erfassen und Handlungsempfehlungen erarbeiten soll.

Um den alternativen Gesundheitsmarkt geht es auch in dem Führer („Guide“) „Gesundheit und Versektung“ (Santé et dérives sectaires), der im letzten Jahr von Miviludes herausgegeben wurde. Auf diesem Markt werde zunehmend mit Heilsversprechen geworben. Das Thema Gesundheit bzw. Krankheit sei eine perfekte Eingangstür für Sekten und Einzelanbieter, die Profit mit dem Leid oder der Angst der Patienten machten und mit ihren Angeboten Kontrolle über sie ausübten. Sektiererische Versprechen in Bezug auf die Gesundheit mache fast ein Viertel aller eingegangenen Meldungen bei Miviludes aus, und

die Zahl wachse jedes Jahr. Im ersten Teil der Veröffentlichung werden allgemeine Sektenmerkmale beschrieben: Wann wird eine therapeutische Technik sektiererisch? Woran erkennt man einen therapeutischen Guru? Zu den gefährlichen Anbietern werden zum Beispiel die „Germanische Neue Medizin“ (Ryke Geerd Hamer) oder das „Rebirthing“ gezählt. Problematisch ist jedoch, dass in einem lexikalischen Anhang sehr undifferenziert etwa 30 pseudotherapeutische Methoden aufgelistet sind. Wenn etwa die Gestalttherapie oder das Enneagramm von einer staatlichen Behörde pauschal als sektiererische Methode klassifiziert wird, greift das weit in das bürgerliche Selbstbestimmungsrecht ein.

Diese Veröffentlichung hat sicher dazu beigetragen, dass im letzten Jahr eine weitere staatliche Enquete-Kommission mit dem Fokus auf dem alternativen Gesundheitsmarkt eingesetzt wurde. „Gesundheit in Gefahr“, so lautet der Tenor der zweibändigen Publikation des staatlichen Sektenberichts im April 2013. Ein halbes Jahr lang hatte eine Senatskommission 72 Anhörungen durchgeführt und in einem fast 700 Seiten starken Berichtsband dokumentiert, wie Ärzte, Juristen, Verbandsvertreter und andere Experten die Sachlage einschätzten. In einem über 300 Seiten umfassenden Kommentarband werden mit kritischem Blick komplementäre und alternativmedizinische Gesundheitsangebote untersucht (Rapport 480, I und II). Zahlreiche Fallbeispiele sind eingestreut, und viele Angebote von Internetseiten dienen als Anschauungsmaterial. Mit 41 Empfehlungen sollen die Bürger aufgeklärt und informiert werden. Die Einschätzungen orientieren sich an den Empfehlungen des Miviludes-Führers. Das hat zur Folge, dass auch hier viele unzutreffende Pauschalurteile gefällt werden, die den komplexen Wirkzusammenhängen zwischen Körper, Seele und Geist nicht gerecht werden. In der Alternativ- und Komplementärmedi-

zin sind in den letzten Jahren Fortschritte auch hinsichtlich der Qualitätssicherung gemacht worden, die in dem groben Beurteilungsraster des Miviludes-Führers keine Berücksichtigung finden.

Ohne Zweifel ist die Heilungssehnsucht, gepaart mit einem heute oft vorhandenen medizinischen Machbarkeitsdenken, eine geeignete und gefährliche Anknüpfungsmöglichkeit für Scharlatane. Staatlicher Handlungsbedarf entsteht, wenn Kinder durch weltanschaulich motivierte Verhaltensweisen der Erwachsenen in ihrem geistigen und seelischen Wohl gefährdet sind. Wenn jedoch eine staatliche Stelle undifferenzierte Pauschalurteile fällt, werden nicht die Aufklärung und damit die Gedanken-, Gewissens- und Religionsfreiheit bzw. die Patientenautonomie gestärkt, sondern diffuse Ängste gefördert, die auch politisch instrumentalisiert werden können.

Michael Utsch

JEHOVAS ZEUGEN

Jehovas Zeugen in Europa – eine Verfolgungsgeschichte? (Letzter Bericht: 6/2013, 227f)

Es ist bekannt und durch einschlägige Studien belegt, dass Jehovas Zeugen in manchen Ländern und Epochen verfolgt wurden (z. B. Detlef Garbe, *Zwischen Martyrium und Widerstand*, 1993). Einen Tiefpunkt bildete das Dritte Reich, wo sie wegen der Verweigerung des Kriegsdienstes und des Hitlergrußes verfolgt, inhaftiert und getötet wurden. Nun liegt seit kurzem der erste Band einer auf drei Bände angelegten Reihe über „Jehovas Zeugen in Europa: Geschichte und Gegenwart“ im Lit-Verlag vor, die von Gerhard Besier und Katarzyna Stoklosa herausgegeben wird. Der 734 Seiten starke Band über Jehovas Zeugen im Westen und Süden Europas (Belgien, Frankreich, Griechenland, Italien, Luxemburg, Niederlande, Portugal und Spanien) wurde

der Öffentlichkeit in den letzten Wochen im Historischen Museum in Frankfurt/Main sowie an den Universitäten Dresden und Potsdam in stark beworbenen Buchvorstellungen-Veranstaltungen präsentiert.

Bei der Veranstaltung in Potsdam am 4. Juni 2013 beklagte sich Gerhard Besier über die Raumverweigerung durch Berliner Behörden, Hotels und sogar die Freie Universität Berlin. Diese nicht überprüfbare Behauptung nahm er als Beleg für die „anhaltende Diskriminierung“, die die Religionsgemeinschaft der Zeugen Jehovas in Deutschland erleben müsse und die ganz offensichtlich auf die Zuarbeit der „Apologetischen Zentralen der Großkirchen“ zurückzuführen sei. In der Einleitung des Buches behaupten die Herausgeber fälschlicherweise: „Keine andere Religionsgemeinschaft als die beiden Amtskirchen unterhält das Institut der ‚Sekten- und Weltanschauungsbeauftragten‘, die dem Staat kontinuierlich über angebliche oder tatsächliche Verfehlungen des religiösen Konkurrenten berichten“ (14). Richtig ist, dass etwa die EZW eine Zeitschrift und eine eigene Textreihe herausgibt, die beide eine aufmerksame Leserschaft haben.

Seitens des Verlages wurde die große Unterstützung des Projekts durch die Zeugen Jehovas gelobt: „Wir sind in der Schuld von Selters“. Aus Selters sprach Wolfram Slupina, der als „spiritus rector“ des Projekts angekündigt wurde. Am Beispiel des Umgangs von Frankreich versuchte er, die Opferrolle der Zeugen Jehovas zu verdeutlichen. Im ersten französischen Sektenbericht 1996 hätte seine Gemeinschaft auf der „schwarzen Liste“ der 173 gefährlichen Sekten gestanden. Danach wären die Mitglieder der Religionsgemeinschaft starken Repressionen ausgesetzt gewesen. Erst nach mehrjährigen Gerichtsprozessen hätte der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte im Sommer 2012 entschieden, dass Frankreich 4,5 Millionen Euro an die Zeugen zurück-

erstatten müsse, da der Staat ihre Religionsfreiheit durch unrechtmäßige Besteuerung verletzt habe. Frankreich hatte nämlich alle Spenden an die Glaubensgemeinschaft rückwirkend für die Zeit von 1993 bis 1996 mit einer 60-prozentigen Steuer belegt, die nun laut Gerichtsbeschluss zurückgezahlt werden muss. Diesen juristischen Sieg deutete Slupina als einen Beleg staatlicher Unterdrückung einer religiösen Minderheit. Man kann das Urteil jedoch auch als eine formaljuristische Angelegenheit ohne Hintergedanken lesen. In ähnlicher Weise fasste der Vertreter des deutschen Zweigbüros von Jehovas Zeugen die Jahrzehnte andauernden Rechtsstreitigkeiten um den Körperschaftsstatus seiner Gemeinschaft zusammen. In drei der 16 Bundesländer (Baden-Württemberg, Bremen, Nordrhein-Westfalen) sei der Antrag auf Zweitverleihung der Körperschaftsrechte bislang abgelehnt worden und müsse nun vom Bundesverfassungsgericht geklärt werden.

Gerhard Besier, Hochschullehrer und Abgeordneter der Linken-Fraktion im sächsischen Landtag, wies in seiner Rede darauf hin, dass auch das Christentum früher eine Sekte gewesen sei, später aber zu Macht gekommen sei und konkurrierende Kleingruppen vernichtet habe. Er sprach die etwa 150 anwesenden Zuhörer – zumeist Zeugen Jehovas – direkt an und ermutigte sie zu mehr Selbstbewusstsein und Einforderung ihrer bürgerlichen Rechte. In den großen, verkrusteten Kirchen engagierten sich nur 3 bis 5 Prozent der Mitglieder, während der Einsatz der Zeugen vorbildlich und überzeugend sei.

Einen sachlichen Beitrag lieferte die Historikerin Katarzyna Stoklosa, die seit kurzem an der süddänischen Universität Sonderborg tätig ist. Sie schilderte die Situation in Spanien, wo nach dem Ende des Bürgerkriegs 1939 die Religionsgemeinschaft verboten worden wäre. 1949 hätte es nur

noch 43 Verkündiger in Spanien gegeben, 1985 dagegen wieder 60 000.

Nach gut einer Stunde war die Buchvorstellung beendet, und viele strömten zum Verkaufsstand, um ihr Exemplar von den beiden Herausgebern signieren zu lassen. Neue Einsichten hat die Veranstaltung nicht vermittelt. Vielmehr versuchte sie das Bild der Unterdrückung einer kleinen, rechtsschaffenen Glaubensgemeinschaft durch einen übermächtigen, bösen Staat zu unterstützen, was die meisten Teilnehmer als Bestätigung ihrer Weltanschauung erlebt haben dürften.

Michael Utsch

NEU-APOSTOLISCHE KIRCHE

Stammapostel Leber entschuldigt sich zum Abschied. (Letzter Bericht: 5/2013, 184-187) Der Stammapostel der Neuapostolischen Kirche (NAK), Wilhelm Leber, hat am 13. Mai 2013, wenige Tage vor seiner Amtsübergabe an Jean-Luc Schneider, eine Stellungnahme zur sogenannten „Botschaft“ von Stammapostel Johann Gottfried Bischoff veröffentlicht. Dieser hatte 1951 im Alter von über 80 Jahren als göttliche Offenbarung verkündet, der Herr werde noch zu seinen Lebzeiten wiederkommen. In den Folgejahren wurde diese Botschaft zunehmend zum Prüfstein rechten neuapostolischen Glaubens. Kritische Nachfragen und Zweifel am göttlichen Ursprung dieser „Botschaft“ führten zu zahlreichen Ausschlüssen und Austritten, zum Teil ganzer Gemeinden. Unter Führung des designierten Stammapostelnachfolgers Peter Kuhlen entstand damals in Nordrhein-Westfalen die bis heute bestehende „Apostolische Gemeinschaft“, die später mit anderen Abspaltungen die „Vereinigung Apostolischer Gemeinden“ (VAG) bildete. Diese steht kurz vor der Aufnahme als Gastmitglied in die Bundes-ACK.

Einige Tage nach Bischoffs Tod im Jahr 1960 erklärte die Leitung der NAK, Gott habe offenbar seinen Willen geändert. Seitdem war Bischoffs „Botschaft“ weitgehend ein Tabuthema in der NAK. Es blieb theologisch unbearbeitet, belastete aber die Beziehungen zu den damals Ausgestoßenen dauerhaft. Erst vor wenigen Jahren wurden Gespräche zwischen NAK und VAG wegen Differenzen zu diesem Punkt abgebrochen, als die NAK ein von wenig Selbstkritik gekennzeichnetes Papier zur Aufarbeitung der eigenen Geschichte publizierte.

Leber erklärt nun, dass die „Botschaft“ Johann Gottfried Bischoffs keine biblische Grundlage hatte und dass deren von Bischoff forcierte Dogmatisierung zum Glaubensgegenstand falsch war. Dementsprechend lehre die NAK nicht mehr, es habe sich dabei um eine göttliche Offenbarung gehandelt. Zugleich bittet Leber für die Verletzungen und Spaltungen, die aus der Botschaft folgten, um Verzeihung. Dennoch aber sei die mit der Botschaft verbundene Naherwartung zu begrüßen. Trotz der Kritik an Bischoff bleibt Leber insgesamt eher behutsam im Umgang mit dem umstrittenen Stammapostel.

Deutlich ist, dass Leber, der sich in den vergangenen Jahren intensiv um eine Öffnung der NAK bemüht hat, die Hand zur Versöhnung ausstrecken und auch in dieser heiklen Frage noch vor seinem Ausscheiden einen Pflock einschlagen will, hinter den die NAK nicht zurück kann. Er bleibt sich damit in seinem mutigen Bemühen um eine Reform seiner Kirche treu. Es bleiben nun die Reaktionen der Angesprochenen abzuwarten. Sie werden zeigen, ob die vorliegende Erklärung ausreicht, um die angespannten Beziehungen zu den Nachfolgekirchen der damals Ausgestoßenen dauerhaft zu verbessern.

Eine weitergehende theologische Klärung des ökumenisch umstrittenen Amtsverständnisses oder gar eine Relativierung des

Vollmachtsanspruchs des Stammapostelamtes ist mit der jetzigen Stellungnahme nicht verbunden und nicht intendiert. Auch die problematische Persönlichkeitsentwicklung des Stammapostels Bischoff in seinen letzten Lebensjahrzehnten, die im Zusammenhang der damaligen Konflikte für außenstehende Betrachter unübersehbar ist, kann aus neuapostolischer Sicht nicht wirklich angesprochen werden. Die historisch-kritische Aufarbeitung der offiziellen NAK kommt an ihre Grenzen, wo es um konkrete Benennungen der menschlichen Fehlbarkeit selbst eines Stammapostels geht.

Der damalige Konflikt ist an anderer Stelle aber auch innerhalb der NAK bearbeitet worden. Hier ist das inoffizielle „Netzwerk Apostolische Geschichte“ (apostolische-geschichte.de) mit seiner Plattform „APWiki“ äußerst rührig und hält viele Informationen und Details bereit, die offizielle NAK-Publikationen nicht enthalten.

Kai Funkschmidt

CHRISTENGEMEINSCHAFT

Christengemeinschaft diskutiert über Kultusänderung. (Letzter Bericht: 10/2011, 392f) In der Christengemeinschaft (CG) gibt es eine erneute Debatte über eine Änderung des Kultus. Der Gottesdienst, „Menschenweihehandlung“ genannt, verläuft seit Gründung der CG 1922 nach einem wörtlich festgelegten Ritus, der auf Rudolf Steiner persönlich zurückgeht und dessen Wortlaut die Gründer als unveränderlich festgeschrieben. Innerhalb der CG unterliegt die Liturgie der Menschenweihehandlung dem Prinzip der Mündlichkeit, sie darf also nur mündlich tradiert, nicht aber in Schriftform veröffentlicht werden. Jahrzehntelang befand sie sich daher nur handschriftlich in den Händen der CG-Priesterschaft. Dahinter steht der Gedanke, dass der Ritus

sich nur im Vollzug des Sprechens und Handelns erschließt und nur so wirksam ist, das Drucken und Nachlesen würde aus dem lebendigen Vollzug quasi einen toten Buchstaben machen. Es handelt sich dabei nicht um Geheimhaltung, denn der Kultus ist öffentlich und jedermann zugänglich. Allerdings ist durch das Internet der Wortlaut heute in Sekunden auffindbar.

Eine Änderung der Wortgestalt des Kultus wäre ein gravierender Schritt. Denn die Priester der Christengemeinschaft haben zwar formal „Lehrfreiheit“, das heißt, es gibt keine verbindliche Dogmatik oder verbindliche Bekenntnisschriften, die den inhaltlichen Zusammenhalt der Gemeinschaft garantieren. Genau diese Funktion erfüllt nun aber die wörtlich tradierte Liturgie, was die „Lehrfreiheit“ wiederum relativiert. Die Liturgie gilt in genau dieser sprachlichen Gestalt als eigene Form der Offenbarung, die Rudolf Steiner empfangen hat. Gegenwärtig zeigt sich nun mehr und mehr, dass die fast hundert Jahre alten Texte, die Steiner zudem in dem ihm eigenen, schon damals antiquierten, vorgeblich Goethe nachempfundenen Stil verfasst hat, sprachlich schlecht gealtert sind. Sie wirken heute oft manieriert und unverständlich.

Der Herausgeber der anthroposophischen Zeitschrift „Flensburger Hefte“, Wolfgang Weirauch, Anthroposoph und Waldorflehrer, hat nun ein Sonderheft unter dem Titel „Hat die Christengemeinschaft eine Zukunft? Fünf Gespräche mit einem Geisteswesen“ veröffentlicht (Sonderheft 32, Flensburg 2012). Darin zeichnet er ein düsteres Zukunftsbild der CG, die stark überaltert und von Nachwuchssorgen geplagt sei. Als Gegenmaßnahme plädiert er unter anderem für eine Reform der Kultussprache. Diese Anregung hat Ulrich Meier, Leiter des Priesterseminars der CG in Hamburg, aufgegriffen und in der Zeitschrift „Die Christengemeinschaft“ (2/2013) zur Diskussion gestellt. Nach seiner Wahrnehmung taucht

ohnehin in den Gemeinden immer wieder die Frage auf, ob die sprachliche Unveränderlichkeit des Kultus angesichts seiner Schwerverständlichkeit noch angemessen sei. „Bleibt die liturgische Gestalt der Christengemeinschaft unverändert, dann kann sie nicht die Kirche für alle Menschen und für alle Zeiten sein.“ Er schlägt vor, die Zeitlichkeit der Kirche und ihres Kultus anzunehmen, wofür er die Inkarnation Gottes in den sterblichen Menschen Jesus als Vergleich heranzieht. So wie Gottes Leibwerdung ein Sterben umfasste, so könnte auch eine Kirche „mit der Idee des unveränderlichen Kultus ... Sterbeübungen verbinden.“

Die nachfolgenden Leserbriefe zeigen, dass der Beitrag seine Wirkung erzielt hat. Es gibt lebhaft Debatten in den Gemeinden, wobei sich konservative und veränderungswillige Stimmen nach Aussage Meiers die Waage halten. Der Autor aber sah sich genötigt, leicht zurückzurudern. Er habe nicht für eine Veränderung des Kultus plädieren wollen, sondern nur das Gespräch und Nachdenken darüber anregen, was die Unveränderlichkeit des Kultus langfristig bedeuten könne (Die Christengemeinschaft 4/2013). Außerdem plädierte er für zusätzliche Andachtsformen neben der Menschenweihehandlung, da solche neuen Formen nicht an die alten Ritualtexte gebunden seien.

Interessanterweise hat die CG dort, wo sie die Freiheit zur Veränderung hat, nämlich in den nicht deutschsprachigen Verbreitungsgebieten, ihre Kultussprache mehrfach überarbeitet und zum Beispiel im englischsprachigen Raum die früheren Übersetzungen gründlich modernisiert, deren Sprache sich zum Teil an die 400 Jahre alte King-James-Bibel angelehnt hatten. Die Frage ist, inwieweit dieser missionspraktisch unvermeidliche Zugang grundsätzliche theologische Implikationen hat, die auch die Unveränderlichkeit und wortwörtliche

Offenbarungsqualität von Steiners Urfassung der deutschen Liturgie betreffen.

Kai Funkschmidt

YOGA

Mit Yoga Milliarden einsparen? (Letzter Bericht: 1/2013, 31f) Yoga-Verbände weisen verstärkt auf präventive, therapeutische und heilende Wirkungen von Yoga hin. Sie werben dafür, dass der positive Nutzen vor dem Hintergrund medizinischer Studien von den Krankenkassen und den kassenärztlichen Vereinigungen einheitlicher anerkannt und in transparenteren Leistungskatalogen berücksichtigt wird.

Rücken- und Nackenerkrankungen verursachen als Volkskrankheit für Krankenkassen und Volkswirtschaft Milliardenkosten, hebt der Berufsverband der Yogalehrenden in Deutschland (BDY) unter Berufung auf wissenschaftliche Studien hervor. Experten schätzten den volkswirtschaftlichen Gesamtschaden allein für Deutschland auf 49 Milliarden Euro. Yoga biete als Ressource für Wirtschaftsunternehmen und den Gesundheitssektor weitaus mehr als gemeinhin angenommen. Der BDY verweist u. a. auf eine randomisierte und kontrollierte klinische Pilotstudie zum Thema Yoga bei chronischen Nackenschmerzen von 2012, die im Rahmen laufender Projekte von einem Wissenschaftsteam um Andreas Michalsen und Arndt Büssing durchgeführt wurde. Michalsen ist Chefarzt der Naturheilkunde und Stiftungsprofessor an der Charité in Berlin, Büssing ist Lehrstuhlinhaber für Medizintheorie, Integrative und Anthroposophische Medizin an der Universität Witten/Herdecke. Das von beiden geleitete Projekt „Behandlung chronischer Rückenschmerzen durch nicht-pharmakologische Interventionsverfahren“ untersucht die Wirksamkeit von Heileurythmie, Yoga und Standard-Physiotherapie im Vergleich.

Es wird von Stiftungen aus dem Bereich der anthroposophischen Medizin unterstützt.

Laut Pressemitteilung des BDY würden nur ein bis zwei Prozent der Gesamtausgaben der Krankenkassen in die „langfristige Gesundheit“ der Versicherten investiert. Hier sei das Potenzial von Yoga noch lange nicht ausgeschöpft. Dabei sei ein wichtiger Schritt zur Qualitätssicherung eine bundesweit einheitliche Anerkennung von professionell ausgebildeten Yogalehrenden BDY/EYU (Europäische Yoga Union), die der BDY schon seit langem fordert.

Vier Wochen nach dem BDY ging Yoga Vidya bzw. der Berufsverband der Yoga Vidya Lehrer/innen (BYV) mit einer eigenen Mitteilung zum Thema „Yoga lohnt sich“ an die Öffentlichkeit. Yoga Vidya beruft sich mit anderer Diktion teilweise auf dieselben Studien, legt aber im Ergebnis vor allem eine „in sich stimmige Yogapraxis“ und intensives Üben nahe im Sinne des Yoga Vidya, das „als ganzheitlich wirkende Gesundheits- und Weisheitslehre“ gelehrt wird, „die bereits über Jahrtausende erfolgreich praktiziert wird, um sich dem Wesen von Mensch und Natur anzunähern“ (Sukadev V. Bretz, Gründer und Leiter von Yoga Vidya).

Die Wissenschaftler beurteilen die Ergebnisse vorsichtiger: „Inwieweit Yoga-Interventionen als Heilbehandlungen betrachtet werden können, muss erst noch festgestellt werden; gegenwärtig kann davon ausgegangen werden, dass Yoga als nützliche, unterstützende Ergänzung oder Zusatzbehandlung dienen kann.“

Der BDY ist mit ca. 3600 Mitgliedern der größte deutsche Berufsverband für Yogalehrende (deren es in Deutschland geschätzt rund 20 000 gibt), er kooperiert mit 37 Ausbildungsschulen, die eine vierjährige Ausbildung durchführen. Der BYV konkurriert als – mit deutlichem Abstand – zweitgrößter Verband auf dem Feld der Yoga-Angebote. Während der BDY die „segensreichen Wir-

kungen“ des Yoga eher weltanschaulich neutral vermitteln will, ist Yoga Vidya nach eigenem Verständnis „eine spirituelle Gemeinschaft, die dem Leben und den Lehren des klassischen ganzheitlichen Yoga in der Tradition von Swami Sivananda und Swami Vishnu-Devananda gewidmet ist“. Yoga Vidya betreibt nach eigenen Angaben Europas größtes Yoga-Seminarhaus und ist weltweit führender Anbieter von Weiterbildungen für Yogalehrende. Zu den Hauptzielen der Gemeinschaft gehört die Verbreitung des Yoga „als Dienst für andere Menschen“ zur persönlichen gesundheitlichen, energetischen und spirituellen Entwicklung. Die konkurrierenden Yoga-Anbieter eint die Intention, gegen jüngst diskutierte, ganz anders lautende Thesen anzugehen. „Wie Yoga Ihren Körper ruinieren kann“, hatte die New York Times Anfang 2012 getitelt. Autor des Artikels, der eine Lawine an unterschiedlichsten Reaktionen lostrat, war der Wissenschaftsjournalist William J. Broad. Dessen Buch, das seine kontroversen Thesen hinter dem schlichten Titel „The Science of Yoga“ verbirgt, erschien wenig später. Auf knapp 300 Seiten fasst der zweifache Pulitzerpreisträger darin Forschungs-

ergebnisse zusammen und berichtet mit kritischem Tenor über Risiken und Nebenwirkungen des Yoga, die er mit Fachleuten aus Medizin, Psychologie und Sportwissenschaften erörtert. Das Buch ist inzwischen auf Deutsch bei Herder erschienen. Die Auseinandersetzung um den medizinischen Nutzen von Yogaübungen wird den Aufwärtstrend nicht stoppen. Wahrscheinlicher ist eher das Gegenteil, bilanzieren auch aktuelle Titelstorys bekannter Magazine (Spiegel 21/2013 „Der heilende Geist“; GEO Magazin 6/2013 „Alternative Medizin: Was Yoga kann“). Der Markt für Yoga ist jedenfalls vorhanden. Das Wall Street Journal hat den Börsenwert der internationalen Yoga-Industrie auf 42 Milliarden Dollar geschätzt, 500 Millionen Euro lassen sich die Deutschen ihre Yogapraxis kosten, Tendenz nach wie vor steigend.

BDY: www.yoga.de/presse/ bzw. www.yoga.de/fileadmin/Presse/PM_Nackenschmerzen_2013_final.pdf
Yoga Vidya / BYV: www.ptext.de/nachrichten/yoga-vidya-studien-zeigen-yoga-lohnt-594801
Wissenschaftsbericht (Arndt Büssing, Andreas Michalisen u. a.): www.hindawi.com/journals/ecam/2012/165410

Friedmann Eißler

STICHWORT

Islamkritik und Islamfeindlichkeit

Negative Einstellungen, Ressentiments und offene Ablehnung gegenüber dem Islam und Muslimen haben zugenommen, ebenso zeichnet sich eine zunehmend breite Billigung solcher Haltungen in der Öffentlichkeit ab. Gut 20 Jahre nach den Brandanschlägen in Mölln und Solingen, denen acht Menschen zum Opfer fielen, hat sich die Lage in vieler Hinsicht nicht entspannt, sondern vielmehr verschärft. Nachdem der Integrationsdiskurs in den 1990er Jahren fast zu einem Islamdiskurs geworden war, nach dem 11. September 2001, nach dem Minarettbauverbot in der Schweiz Ende 2009 und der „Sarrazin-Debatte“ 2010 machen die Bastionen rechtspopulistischer Islamschmähung ebenso wie die Fronten der „Kritik an der Islamkritik“ die hochgradige Polarisierung der Islamdebatten in Deutschland und Europa sichtbar. „Multikulturalisten“ und „Islambeschützer“ stehen „Muslimfeinden“ und „Aufklärungsfundamentalisten“ gegenüber. Während die einen in der Anerkennung und dem Respekt vor den Kulturen einschließlich der Religionen den Weg zum Frieden in der Gesellschaft vorgezeichnet sehen und dabei selbst vor der Demontage von demokratischen Grundrechten und Grundwerten nicht zurückscheuen, halten die anderen „den“ Islam für grundsätzlich und bleibend unvereinbar mit den Grundlagen westlicher Gesellschaften und bedienen sich dabei auch fremdenfeindlicher, rassistischer und rechtsextremer Agitationsmuster. Wo verläuft die Grenze zwischen Meinungsfreiheit und Herabwürdigung, zwischen notwendiger Kritik und Hetze? Wie kann Demokratie- und menschenrechtsfeindlichen islamistischen Ideologien und Strategien wirkungsvoll begegnet werden,

ohne dass das allen aufgegebenen gesellschaftliche Miteinander aus dem Blick gerät? Und: Welche Verantwortung tragen Christinnen und Christen in der Auseinandersetzung mit Muslimen?

Forschungen und Umfrageergebnisse belegen die Werte unterschiedlicher Indikatoren wie z. B. des GMF-Syndroms („gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit“) und zeigen seit Jahren Trendverläufe auf. Dies bietet vorsichtige empirische Anhaltspunkte. Die Zahlen lassen gleichwohl abhängig vom Erkenntnisinteresse, den Frageclustern und den methodischen Entscheidungen viel Interpretationsspielraum, zudem können sie Ursachen und Motive islamfeindlicher und islamkritischer Einstellungen und Verhaltensweisen kaum benennen, geschweige denn plausibel erklären. Deshalb werden sie hier nicht argumentativ angeführt; dies wäre ein eigenes Thema. Ebenso beansprucht dieser Kurzartikel weder phänomenologische Vollständigkeit noch definitorische Endgültigkeit.

Islamfeindlichkeit, Muslimfeindlichkeit, Islamophobie

Die Bezeichnung *Islamophobie* hat sich tendenziell etabliert, ist aber als gezielter Kampfbegriff aufzufassen, der Ängste und daraus resultierende Ablehnung oder Hass geradezu pathologisiert und pauschal als unbegründet hinstellt. Auch der Ausdruck *Islamfeindlichkeit* ist gängig, kommt aber ohne die psychologisierende Komponente aus. *Muslim-* oder auch *Muslimenfeindlichkeit* (vgl. Menschen-, Fremdenfeindlichkeit) stellt von vornherein klar, dass es um eine feindselige Haltung gegenüber (einer bestimmten Gruppe von) konkreten Menschen geht.

Die negativ-stereotype Ablehnung von Muslimen und allem „Islamischen“, die mit diesen Begriffen umschrieben wird, ist dem Rassismus verwandt, jedoch nicht mit ihm

identisch. Sie kann von unterschwelligem Vorbehalten über massive Ressentiments bis hin zu direkter Ausgrenzung oder zu verbalen, ja auch tätlichen Angriffen reichen. Sie wird besonders massiv im Internet propagiert, äußert sich aber konkret ebenso im schulischen und beruflichen Umfeld wie auch im Alltag.

Einige bestimmende Elemente von Muslimfeindlichkeit sind

- ausgeprägte Ressentiments gegen eine Minderheit von Menschen, die mit religiösen, kulturellen und politischen Argumenten diskriminiert und ausgegrenzt werden;
- die pauschale Stigmatisierung und Diffamierung von Menschen mit muslimischem (oder vermeintlich muslimischem – hier wäre der Übergang zu depersonalisierenden rassistischen Stereotypen zu sehen) Familienhintergrund;
- die Beschwörung populärer Vorurteile, die in beleidigender Form verbreitet werden (Feindbildproduktion und -pflege);
- die Negativfixierung ganz unterschiedlicher (sozialer, integrationspolitischer, kultureller ...) Problemlagen auf „den“ Islam (Religionisierung unterschiedlich gelagerter Konflikte mit monokausalen Erklärungen);
- die essenzialisierende Betrachtungsweise, die „den“ Islam, v. a. in seinem totalitären und militanten Wesen, zu kennen beansprucht (und oft besser zu kennen beansprucht als die Muslime selbst);
- die Weigerung, sachgemäß zwischen Islam, Islamismus und Terrorismus zu unterscheiden (die generalisierende Rede vom vermeintlich „eigentlichen“ Islam, der ausschließlich als fanatische und gewalttätige Herrschaftsideologie wahrgenommen wird);
- die integrationspolitische Entweder-Oder-Haltung;
- eine durchgehende soziale Abgrenzungskonstruktion des nichtmuslimischen „Wir“ und der muslimischen „Anderen“ inklusive entsprechender Praktiken und Diskurse.

Die Komponenten stehen häufig in einer Wechselwirkung und bedingen oder verstärken einander. Ihre Ausprägungen und Wirkungen können in weitverzweigten Netzwerken und Aktionsbündnissen beobachtet werden, die teilweise bildungsbürgerlich-mittelständisch auftreten, vielfach aber einem brutalistischen Vulgärpopulismus huldigen, der ebenso abstoßend wie gefährlich ist. Die herausragende Rolle bei der Verbreitung muslimfeindlicher Agitation spielt das Internet. Einige wenige Webseiten und Akteure seien exemplarisch genannt:

Mittelpunkt eines expandierenden muslimfeindlichen „Netz- und Hetzwerks“ (K. J. Bade) ist die 2004 gegründete einflussreiche Internetplattform *Politically Incorrect (PI)*, die professionell aufgestellt ist und aus dem „bürgerlichen Mittelfeld“ gegen den Islam und die Muslime agitiert. Die Ortsgruppe München von PI wird (erst) seit Frühjahr 2013 vom Verfassungsschutz Bayern beobachtet. Dies gilt auch für den bayerischen Landesverband der rechtspopulistischen, antiislamischen Partei *Die Freiheit* (Ende 2010 von René Stadtkewitz gegründet). In diesem Zusammenhang ist auch die als Menschenrechtsorganisation auftretende *Bürgerbewegung Pax Europa* zu nennen, die im Islam als einem totalitären Gesellschaftssystem ebenfalls „eine große Gefahr“ sieht und darüber aufklären will. Wie eng die Querverbindungen sind, zeigt sich an Personen wie Michael Stürzenberger, der in allen bisher genannten Gruppierungen hohe Funktionen einnimmt. Ins Spektrum rechtsextremer deutscher Kleinparteien gehört ebenfalls die *Bürgerbewegung pro Deutschland*, zu deren wichtigsten Organisationen „pro Köln“ sowie die Parteien „pro NRW“ und „pro Deutschland“ zählen. Weitere einschlägige Beispiele aus dem Internet sind *Nürnberg 2.0*, ein Internetpranger, der personalisierte Steckbriefe und „Akten“ anlegt, um Personen anzuklagen,

die angeblich der Islamisierung Vorschub leisten; *Kybelines Weblog* mit vielen weiteren Links und diversen weiterführenden Informationen; der *Michael Mannheimer Blog*, *Deus Vult Caritatem* oder *Gates of Vienna*.

Islamkritik

Islamkritik ist eine in den Traditionen religiöser und/oder antireligiöser Religionskritik stehende Variante legitimer und begründeter Kritik an islamisch-religiös fundierten demokratie- und menschenrechtsfeindlichen Konzepten und Handlungen. Islamkritik zeigt deren historische und gesellschaftliche Hintergründe auf, verweist auf die Rezeptionsgeschichte und die aktuelle Wirkung der menschenrechtswidrigen Auslegung religiöser Doktrinen und kritisiert die Beibehaltung und Fortschreibung solcher Traditionen. (Entsprechend gab und gibt es Christentumskritik usw.) Der theologisch-weltanschauliche Diskurs ist dabei von der sozio-kulturellen Auseinandersetzung mit den ideologischen Aspekten heutiger Islaminterpretationen zu unterscheiden, aber nicht zu trennen.

Islamkritik ist keine Pauschalkritik, sondern thematisiert sachbezogen und genau mit dem Anspruch auf Wahrnehmung des jeweiligen Selbstverständnisses unter anderem

- die Infragestellung der Säkularität des Rechtsstaates als Grundlage und Bedingung für Pluralismus und Religionsfreiheit;
- den von unterschiedlichen islamischen Lagern formulierten monopolistischen politischen Geltungsanspruch „des Islam“ (als grundlegendes Ordnungskonzept von Gesellschaft, Staat und Politik), der auf dem Wege des *Dschihad* – entweder „friedlich“ oder „militant“ – durchzusetzen sei;
- die Strategien zur Erweiterung und Festigung schiarierechtlicher Einflussnahmen auf muslimische Akteure und Gemeinden

(Etablierung von Scharianormen, zunächst im Sinne „kollektiver Minderheitenrechte“);

- den Umgang mit Leitbegriffen wie Bildung, Dialog, Menschenrechte, Religionsfreiheit, Frieden, Toleranz, Integration etc., insoweit die Verwendung in innerislamischen Kontexten signifikant von den gesamtgesellschaftlichen Diskursen abweicht;
- die Geschlechtertrennung bzw. die Diskriminierung von Frauen;
- die Legitimationsstrukturen, die Gewalt gegenüber Anders- oder Nichtgläubigen rechtfertigen;
- die strafrechtliche oder zivilgesellschaftliche Sanktionierung des Religionswechsels;
- die strafrechtliche oder zivilgesellschaftliche Sanktionierung der Kritik an islamischen Lehren, Praktiken oder des Propheten Muhammad als „Blasphemie“.

Sie nimmt auch Stellung gegen die Instrumentalisierung des Islamophobiebegriffes, um „den Islam zu etwas *Unberührbarem* zu erklären“ (Pascal Bruckner), die mit der pauschalen Diffamierung notwendiger Kritik als unbegründete Aggression gegen Menschen einhergeht (Selbstviktimsierung), sowie freilich auch gegen die taktische Ausbeutung islamkritischer Positionierungen im Interesse populistischer und rechtsreaktionärer Einflussgewinnung (z. B. „pro-Bewegung“).

Eine Kritik am Islam als Religion bzw. als System mit Aspekten einer totalitären Herrschaftsideologie distanziert sich und ist nicht zu verwechseln mit der feindlich-aggressiven Stigmatisierung von Personen, die daran glauben. Grundsätzlich leitend ist die Unterscheidung von Person und Sache. Es geht ihr um den Erhalt und die Stärkung errungener Freiheiten des Individuums im Rahmen von Rechtsstaat und Demokratie. Diese Freiheiten bestehen nicht voraussetzungslos. Vom Staat ist die politische Anerkennung des religiös-weltanschaulichen Eigensinns zu erwarten. Sie findet in der

positiven Neutralität des Staates ihren spezifischen Ausdruck. Auf der anderen Seite ist die *religiöse Aneignung der säkularen Grundlagen* der freiheitlich-demokratischen Verfassungsordnung gefordert. So müssen die Religionen ihren Anhängern ermöglichen, trotz und in ihrer partikularen religiösen Identität Mitbürgern mit anderen Überzeugungen und Identitäten gleichberechtigt zu begegnen. Dies schließt eine partielle Suspendierung der religiösen Wahrheitsfrage im Hinblick auf das Zusammenleben in der religiös-weltanschaulich pluralistischen Gesellschaft notwendig ein. Für die Kirchen besteht keinerlei Grund, sich diesbezüglich in überlegener Stellung zu wähnen. Dies aus der Mitte der eigenen Tradition zu reflektieren, ist jedoch auch Muslimen zuzumuten.

Stellungnahme

Integration, wie immer sie verstanden wird, ist keine „Einbahnstraße“. So ist Kultur immer auch ein offenes Projekt, kein autoritativ zu bestimmender Zustand. Deshalb betreffen die Herausforderungen nicht nur „die anderen“, sondern alle. Das gemeinsame gesellschaftliche „Wir“ mitzugestalten und mitzuprägen, ist Aufgabe auch christlicher Verantwortung.

Dass die deutsche Bevölkerung charakteristischerweise oder auch nur mehrheitlich muslimfeindlich sei, lässt sich nicht belegen. Allerdings ist sie zunehmend dem Islam gegenüber kritisch eingestellt und hat dabei einen ideologisch rechten und muslimfeindlichen Rand mit deutlichen Verbindungen in den Rechtsextremismus ausgebildet. Die Unterscheidung zwischen legitimer Kritik an islamisch begründeten Positionen und zu ächtender Hetze gegen Personen(gruppen) ist somit fortwährend geboten. Die Kritik ist weder „aufklärungsfundamentalistisch“, noch zielt sie auf eine Zwangsmodernisierung von Musli-

men. Sie tritt für die Religionsfreiheit im umfassenden Sinne ein. Doch setzt der kritische Diskurs die Wandlungsfähigkeit der Diskursteilnehmer voraus. Diese nun Muslimen pauschal abzusprechen, wäre – abgesehen von grundsätzlichen Erwägungen – angesichts der Geschichte des Islam töricht und im Blick auf die gesellschaftliche Situation gefährlich. Gerade die reformerischen, progressiven, neue Ansätze wagenden Kräfte brauchen, auch wenn sie zahlenmäßig noch so wenig und marginalisiert sind, gleichsam soziale Verstärker, sie brauchen Anwälte in der Gesellschaft, die nicht durch Pauschalisierungen die orthodoxen und radikalen Kräfte stärken, sondern zu reflektiven Haltungen und zu Veränderungsprozessen in der offenen Gesellschaft ermutigen. Im weitesten Sinne liberale Einstellungen und Äußerungen dürfen nicht pauschal mit dem Totschlagargument der Unaufrichtigkeit (*taqiyya*) oder als „unislamisch“ diskreditiert werden, will man nicht den Radikalen in die Hände spielen und jeden Dialog im Keim ersticken. Integrationspolitisch sinnvoll ist nicht das Entweder-Oder-Prinzip, sondern ein Mehr-oder-Weniger-Prinzip (Albert O. Hirschman).

Allerdings kann kein Zweifel über die Kräfteverhältnisse der islamischen Diskurse bestehen: Das orthodox-fundamentale Koranverständnis aller dominanten Islamrichtungen kennt keinen (im wissenschaftlichen Sinne) historischen, geschweige denn historisch-kritischen Zugang zu den Grundtexten des Islam und steht daher der sachlich notwendigen Relativierung bestimmter zeitgebundener Koranaussagen entgegen. Es wird sehr viel darauf ankommen, dass die Muslime hier zwischen überlieferter Geschichte und verpflichtender Wahrheit unterscheiden lernen und so die Voraussetzung für die eigenständige, religiös begründete Aneignung der Grundlagen unserer Gesellschaft schaffen. Alle darauf

gerichteten Anstrengungen gilt es zu unterstützen. Ziel ist ein gesellschaftlich solidarisches Wir aus „überzeugter Toleranz“ (W. Huber), die den kritischen Umgang mit Tendenzen der Aushöhlung oder/und Infragestellung der freiheitlich-säkularen Gesellschaftsordnung nicht aus-, sondern einschließt.

Bürgerbewegung pro Deutschland: www.pro-deutschland-online.de
Nürnberg 2.0 Deutschland – Netzwerk demokratischer Widerstand: <http://wiki.artikel20.com>
Europäische Werte – Kybelines Weblog: www.kybeline.com
Michael Mannheimer Blog. Islamisierung stoppen – Grundrechte garantieren – Demokratie stärken: <http://michael-mannheimer.info>
DEUS VULT CARITATEM (DVC): www.deusvult.info
Gates of Vienna: <http://gatesofvienna.net>

Friedmann Eißler

Literaturhinweise

- Klaus J. Bade, Kritik und Gewalt. Sarrazin-Debatte, „Islamkritik“ und Terror in der Einwanderungsgesellschaft, Schwalbach/Ts. 2013
- Wolfgang Benz, Die Feinde aus dem Morgenland. Wie die Angst vor den Muslimen unsere Demokratie gefährdet, München 2012
- Friedmann Eißler, Was ist „vehemente Islamkritik“? Gegen die Verwilderung der Streitkultur, in: MD 8/2011, 283f
- Hartmut Krauss (Hg.), Feindbild Islamkritik. Wenn die Grenzen zur Verzerrung und Diffamierung überschritten werden, Osnabrück 2010
- Muslimfeindlichkeit – Phänomen und Gegenstrategien. Beiträge der Fachtagung der Deutschen Islam Konferenz am 4./5.12.2012 in Berlin, hg. vom Bundesministerium des Innern im Auftrag der DIK, Berlin 2013
- Tilman Nagel, Kann es einen säkularisierten Islam geben?, in: Aktuelle Analysen 26, hg. von R. C. Meier-Walser und R. Glagow, Hanns-Seidel-Stiftung e.V., München 2001, 9-19
- Thomas von der Osten-Sacken/Oliver M. Piecha, Islamophobie – Parallele in den Abgrund, Essay vom 3.1.2011, www.perlentaucher.de/artikel/6664.html
- Thorsten Gerald Schneiders (Hg.), Islamfeindlichkeit. Wenn die Grenzen der Kritik verschwimmen, zweite, aktualisierte und erweiterte Auflage, Wiesbaden 2010
- Selbstbestimmung statt Gruppenzwang – Abschlussklärung der Kritischen Islamkonferenz 2013, <http://kritische-islamkonferenz.de>

Internet

Politically Incorrect (PI-News): www.pi-news.net
Partei „Die Freiheit“: <http://diefreiheit.org/home>
Bürgerbewegung Pax Europa (BPE) – für europäische Werte und Freiheiten: www.buergerbewegung-pax-europa.de

AUTOREN

Dr. theol. Friedmann Eißler, Pfarrer, EZW-Referent für Islam und andere nichtchristliche Religionen, neue religiöse Bewegungen, östliche Spiritualität, interreligiösen Dialog.

Dr. theol. Andreas Fincke, Pfarrer in Oberkrämer-Bötzow (Brandenburg), von 1992 bis 2007 EZW-Referent.

Dr. theol. Kai M. Funkschmidt, Pfarrer, EZW-Referent, zuständig für Esoterik, Okkultismus, Mormonen und apostolische Gemeinschaften im europäischen Kontext.

Dr. theol. Edgar S. Hasse, Redakteur in der Redaktionsgemeinschaft „WELT/Hamburger Abendblatt“ in Hamburg, Lehrbeauftragter an der Theologischen Fakultät Greifswald (Lehrstuhl für Praktische Theologie/Religions- und Medienpädagogik) sowie an der Evangelischen Hochschule für Soziale Arbeit und Diakonie in Hamburg.

Prof. Dr. jur. Hans Michael Heinig, Leiter des Kirchenrechtlichen Instituts der Evangelischen Kirche in Deutschland und Inhaber des Lehrstuhls für Öffentliches Recht, insb. Kirchenrecht und Staatskirchenrecht an der Universität Göttingen.

Jörg Pegelow, Pastor, Referent der Arbeitsstelle „Kirche im Dialog“, Beauftragter für Weltanschauungsfragen Evangelisch-Lutherischen Kirche in Norddeutschland.

Dr. phil. Michael Utsch, Psychologe und Psychotherapeut, EZW-Referent, zuständig für: psychologische Aspekte neuer Religiosität, Krankheit und Heilung, Lebenshilfemarkt, Sondergemeinschaften.

IMPRESSUM

Herausgegeben von der Evangelischen Zentralstelle für Weltanschauungsfragen (EZW), einer Einrichtung der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD), im EKD Verlag Hannover.

Anschrift: Auguststraße 80, 10117 Berlin
Telefon (0 30) 2 83 95-2 11, Fax (0 30) 2 83 95-2 12
Internet: www.ezw-berlin.de
E-Mail: info@ezw-berlin.de

Redaktion: Friedmann Eißler, Ulrike Liebau
E-Mail: materialdienst@ezw-berlin.de

Für den Inhalt der abgedruckten Artikel tragen die jeweiligen Autoren die Verantwortung.
Sie geben nicht unbedingt die Meinung der Herausgeber wieder.

Verlag: EKD Verlag, Herrenhäuser Straße 12,
30419 Hannover, Telefon (05 11) 27 96-0,
EKK, Konto 660 000, BLZ 250 607 01.

Anzeigen und Werbebeilagen:
Anzeiengemeinschaft Süd,
Augustenstraße 124, 70197 Stuttgart,
Telefon (0711) 60100-66, Fax (0711) 60100-76.
Verantwortl. für den Anzeigenteil: Wolfgang Schmoll.
Es gilt die Preisliste Nr. 27 vom 1.1.2013

Bezugspreis: jährlich € 36,- einschl. Zustellgebühr.
Erscheint monatlich. Einzelnummer € 3,00 zuzügl.
Bearbeitungsgebühr für Einzelversand. Abbestellungen sind nur mit einer Frist von 6 Wochen zum Jahresende möglich. – Alle Rechte vorbehalten.

Bei Abonnementwunsch, Adressenänderungen, Abbestellungen wenden Sie sich bitte an die EZW.

Druck: verbum Druck- und Verlagsgesellschaft mbH,
www.verbum-berlin.de